

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein Amnestiegesetz vom Reichstag angenommen.

Schrankenloser Ausnahmezustand in Sicht!

Knebelung der Arbeiterschaft durch das Entwaffnungsgesetz.

Unsre gestrigen Mitteilungen über die Diktatur des Entwaffnungskommissars zeigen die große Gefahr, die das Entwaffnungsgesetz über das deutsche Proletariat bringt. Das Abkommen von Spa soll den Vorwand bilden zur Aufrichtung eines schrankenlosen Ausnahmezustandes über das ganze Reich von hinten her, mit Hilfe dessen das Proletariat geknebelt werden kann.

Damit den Bedrohten diese Gefahr nicht rechtzeitig zum Bewußtsein komme, so daß sie sich zum Widerstand rüsten könnten, wird die Verabschiedung des Gesetzes im Schnelltempo betrieben. Noch bevor die Arbeiterschaft auf dem Plan erscheinen kann, will die Regierung ihr neue Ketten anlegen. Am Sonnabend fand die erste Lesung statt, ohne daß die Öffentlichkeit überhaupt wußte, welchen Inhalts das Gesetz war, da der Entwurf erst in letzter Stunde dem Parlament zugegangen war. Noch während des Sonntags mußte die Ausschuhberatung stattfinden, und am Montag sollte das Gesetz gleich in zweiter und dritter Lesung fertig gestellt werden. Das ist freilich noch verhindert worden. Aber heute findet die zweite Lesung statt und am Mittwoch soll die abschließende dritte Lesung folgen. Schneller geht es schon nicht!

In der Ausschuhberatung am Sonntag zeigte sich die ganze Gefährlichkeit der Vorlage für die Arbeiterschaft. Eine neue Diktatur soll aufgerichtet werden. Minister Koch gab zu, daß „ein Stückchen Ausnahmezustand“ geschaffen werden sollte. Der Reichskommissar für die Entwaffnung steht über dem Gesetz und kann machen was er will. Die wichtigsten Rechtsgarantien der Reichsverfassung sind einfach aufgehoben.

Vergeblich bemühten sich unsre Genossen Rosenfeld, Unterleitner und Kemmle, dem Gesetzentwurf wenigstens die schärfsten Zähne auszubrechen. Nur die Rechtssozialisten traten für unsre Entwürfe ein. Allerdings, die in der Strafprozedur vorgesehenen Bestimmungen für Durchsuchungen und Beschlagnahmen wollten auch sie aufgehoben wissen. — So stehen wir vor einer neuen Diktatur. Die bürgerlichen Parteien scheinen entschlossen zu sein, die Arbeiterschaft zu knebeln. Es wird Aufgabe unsrer Fraktion sein, das Attentat auf die Arbeiterschaft noch in letzter Stunde abzuwehren. Das Gesetz darf nicht zustande kommen!

Die Arbeiterschaft muß ihr dabei zu Hilfe kommen. Sie soll überumpelt werden — sie muß sich wehren!

Protest-Demonstration der Berliner Arbeiterschaft.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, findet eine große Protestdemonstration der Arbeiterschaft gegen das Entwaffnungsgesetz im Lustgarten statt.

Die Arbeiterschaft des Reiches wird sich in gleicher Weise rühren müssen.

Waffenstillstand oder Kriegsforgang?

Warschau, 3. August. (L. V.) In Warschauer Parlamentskreisen verläutet, daß, wenn bis zum 4. August nachmittags die Waffenstillstandsbedingungen nicht unterzeichnet sind, die polnischen Delegierten zurückkehren werden. Der Kampf wird dann „mit allen Mitteln“ fortgesetzt.

Die Presseabteilung des Ministeriums des Auswärtigen teilt mit: Die polnische Regierung hatte die Sowjetregierung um die Zulassung von zwei Zeitungskorrespondenten bei den Friedensverhandlungen ersucht. Die Sowjetregierung hat das Ersuchen ablehnend beantwortet.

Der Außenminister über die Ostfragen

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ein Berichterstatter des Berliner Tageblattes hatte gestern eine Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Simons. In dieser erklärte Simons u. a. zu der russischen Frage: „Rußland unterhält beinahe ausschließlich eine konsulnische Vertretung in Berlin. Desgleichen sind unsere in Rußland weilenden Vertreter nicht mit offiziellen Missionen betraut. Herr Wigdor Kopp in Berlin, mit dem ich kürzlich mich unterhalten habe, bekümmert sich ganz besonders um die Fürsorge für die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Als er mit mir auch Verhandlungen handelspolitischer Natur einleiten wollte, mußte ich ihm die Legitimität bestreiten. Worauf

der Volkskommissar Tschitscherin Herrn Kopp durch Funkpruch zu wirtschaftlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung ermächtigte. Die Besprechungen über die von Rußland wegen Mordbuchs Ermordung zu leistende Genugtuung sind im Gange. Ueber das voraussichtliche Ergebnis vermag ich noch nichts zu sagen.“ Der Minister erklärte dann weiter, daß er an dem Grundsatz der Neutralität im russisch-polnischen Krieg mit aller Energie festhalten werde, und daß er mit aller Entschiedenheit sich gegen jeden Versuch der Entente wehren werde, Deutschland als Aufmarschgebiet gegen die russische Front verwenden zu lassen. Er fährt dann fort: „Die ersten Protestkundgebungen der deutschen Arbeiterschaft anlässlich der Entdeckung alliierter Munitionstransporte auf deutschem Gebiet haben zur Genüge bewiesen, daß eine Verletzung der deutschen Neutralität den Bürgerkrieg unmittelbar zur Folge haben würde. Ich habe veranlaßt, daß der russische und polnische Heeresleitung vorgeschlagen wird, am äußersten nördlichen Flügel ihrer Fronten, also an den Stellen, wo die deutsche Grenze am ehesten bedroht ist, deutsche Verbindungsoffiziere zu stationieren, um etwaige Grenzzwischenfälle umgehend durch Vermittlung des Wehrkreiskommandos in Königsberg regeln zu können und den Umweg über Warschau oder Moskau und Berlin zu vermeiden.“ Nachdem der Minister dann über die Mittel zur Seuchenbekämpfung in Rußland und Polen sich geäußert hatte, fuhr er fort: „Meine Aeußerungen im Reichstag über die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Rußlands sind in der Presse vielfach mißverstanden worden. Die Berichte, die mir vorliegen, stammen von einer unbedingt vertrauenswürdigen, in technischen Fragen sachkundigen und dank ihrer unmittelbaren Beteiligung an den in Frage stehenden Rekonstruktionsarbeiten vorzugsweise kerulenen Persönlichkeit. Man war bisher gewöhnt, die gegenwärtigen Mächthaber in Rußland leichtsin als verbrecherische Menschen zu stigmatisieren und danach die internationalen Beziehungen zu dem russischen Volke, das durch sie vertreten wird, zu regeln. Dieser Zustand war auf die Dauer unhaltbar. Es kann kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß man in Rußland positive aufbauende Arbeit zu leisten gewillt ist und auf manchen Gebieten schon praktische Erfolge erzielt hat. Zweifellos machen sich an den maßgebenden Stellen in Moskau gegenwärtig ernst zu nehmende Bestrebungen geltend, die die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Westeuropa erstreben. Im Augenblick scheint die Partei derer die Oberhand zu haben, die vor allem mit England eine Einigung erstreben. Auf die Dauer wird man aber trotz Artikel 117 des Versailler Vertrags die Frage des Ostens nicht ohne Zuziehung Deutschlands regeln können. Wer diese Notwendigkeit erkennt, wird den tieferen Sinn der Ausführungen im Reichstag verstehen.“

Der Minister Simons hat außerdem in der Deutschen Allgemeinen Zeitung gestern abend einen Artikel veröffentlicht, der eine Antwort auf einen in der Wostischen Zeitung erschienenen Artikel von Wladimir Burzew darstellt. Die gesamte Berliner Presse gibt das wesentliche dieses Artikels wieder, in dem es heißt: „Ich hoffe von Herzen, daß kein Aufruhr (Burzew's). D. Red. d. L. V.) zum Kampfe gegen Sowjet-Rußland im deutschen Volke kein Echo findet. Sollte sich wirklich die deutsche Jugend, die für die Größe des alten Reiches so fürchtbare Opfer gebracht hat, sich dazu verhalten lassen, die letzten Kräfte des neuen Deutschland in den Kampf gegen den Bolschewismus zu werfen, so würde sie zu spät erkennen, daß sie nicht für die Ideen der abendländischen Kultur, sondern für die Milliardenforderungen der Gläubiger Rußlands gebietet hat.“ In der Wostischen Zeitung bemerkt sich Alexander Redlich, den Aeußerungen des Ministers entgegenzutreten, indem er verurteilt, die antibolschewistische Tendenz der Wostischen Zeitung in prorussische umzuwandeln. Dieses Manöver wird der Wostischen Zeitung nicht gelingen, sie hat ihren Charakter als antibolschewistisches Blatt in letzter Zeit zu deutlich offenbart.

Weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 2. August. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Zahl der unterkühlten Erwerbslosen im Reich weiterhin gewachsen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262989, die der weiblichen 94154, insgesamt 357143 gegen 321126 am 1. Juli und 297185 am 15. Juni. In den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328997 Familienangehörige, die als Zuschlagempfangener unterkühlt werden. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. März 1920.

Die Amnestie.

Berlin, 2. August.

Neben dem Militarismus ist die sogenannte Justizpflege die schlimmste Geißel für die arbeitende Bevölkerung, namentlich soweit sie von der besitzenden Klasse als Machtmittel zu politischer Unterdrückung benützt wird. Wir haben in Deutschland den unglaublichen Zustand, daß die Revolution gerade an diesem Bollwerk spurlos vorübergegangen ist. Das zum Schutze der bürgerlichen Staatsordnung geschaffene Strafrecht ist nicht in einem einzigen Paragraphen angetastet worden, ebenso wirken die darauf geeichten Richter und Staatsanwälte ganz im alten Sinne weiter. Seit dem Kapp'schen Staatsstreich fühlen sich die Gerichte erst recht sicher und ihre Urteile zeigen, wie sie die Revolutionsbestrebungen mit Hilfe von Gefängnis und Zuchthaus völlig zu unterdrücken unternehmen. Wie Staatsanwälte und Richter seither gegen die Arbeiter wüten, zeigt die Tatsache, daß der ganze Gerechtigkeitsbetrieb in Deutschland gegenwärtig stockt, weil die Gefängnisse so überfüllt sind, daß der weitere Strafvollzug unmöglich geworden ist. Leidtragende sind ausschließlich Arbeiter, denn von den am Kapp'schen Staatsstreich beteiligt Gewesenen ist bis jetzt keinem ein Haar gekrümmt worden.

Um nun aus diesem unerträglichen Zustand herauszukommen, soll durch eine Amnestie ein Strich unter den Staatsstreich gemacht werden. Der Streit zwischen der Regierung und den Parteien dreht sich nun darum, ob eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen und Verbrechen, auch für die, die vor dem März dieses Jahres liegen, oder ob eine beschränkte Amnestie, die nur bis zum März dieses Jahres zurückgreift und die Urheber und Rädelsführer ausschließt, erlassen werden sollte. Die Koalitionsparteien, mit Einschluß der Rechtssozialisten, hatten im Einverständnis mit der Regierung einen Antrag eingebracht, worin von der Reichsregierung verlangt wird, sie solle ein allgemeines Amnestiegesetz vorlegen, wie es im Bielefelder Abkommen gefordert wird. Unstre Fraktion hatte einen Entwurf vorgelegt, worin die allgemeine Amnestie für alle politischen Straftaten enthalten war. Damit war ausgedrückt, daß die Hochverräter Kapp und Kopp sowie ebenfalls frei ausgehen. Von den Abgeordneten Becker, Schiffer und Leicht ist dann noch schleunigst, ebenfalls mit Zustimmung der Regierung, ein Entwurf eingebracht worden, der für hochverräterische Unternehmen Straffreiheit zusichert, ausgenommen für Führer und Urheber. Der Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärte für die Regierung, daß sie diesem Entwurfe zustimmen werde. Unter Führern sollen nicht die lokalen Führer, die beim Abwehr des Kapp'schen Staatsstreiches gewirkt haben, verstanden werden, sondern nur die Hauptführer beim Staatsstreich gegen das Reich.

Dieser Entwurf ist dann in der heutigen Sitzung gleich in allen drei Lesungen angenommen worden. Damit ist ein Gesetz geschaffen, das dem Ermessen der Regierung und den Justizbehörden sehr weiten Spielraum gewährt. Sie bestimmen nun, auf welche Personen, und zum Teil auch Straftaten, die Amnestie angewendet werden soll.

Für die Haltung der Koalitionsparteien war vor allem der Einspruch Bayerns gegen die „Antastung seiner Justizhoheit“ maßgebend. Auch der Reichsjustizminister war der Ansicht, daß dieser Einspruch berechtigt sei — er, der in erster Linie verpflichtet gewesen wäre, die Reichseinheit zu wahren. Außerdem gingen die bürgerlichen Parteien überhaupt mit sehr gemischten Gefühlen an den heißen Brei der Amnestie heran. Sie fürchteten sehr die „Erschütterung des Rechtsgedankens“. Das heißt sie fürchteten, daß die Abschredungsjustiz an Eindruck einbüßen wird, wenn Strafen in größerem Umfang erlassen werden. Sie hoffen ja nur noch darauf, daß sie das Proletariat durch eine grimmige Straffjustiz in Untertänigkeit halten können, andre Mittel haben sie nicht mehr. Deshalb verrieten sowohl der Justizminister als auch die Redner der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokratischen Partei, daß am liebsten gar keine Amnestie erlassen würden. Das „Rechtbewußtsein“ sei sowieso schon völlig erschüttert und die Furcht vor der Strafe werde ganz schwinden, wenn die Amnestie in einem solchen Umfange eintrete, wie die Linke fordere. Jeder sage sich, er könne Hochverrat begehen, so wie und so oft er wolle, denn selbst wenn Beurteilung erfolge, so folge doch die Amnestie nach. Wenn nicht die „Rechtspflege“ völlig zugrunde gehen sollte, so dürfe die Amnestie nur in den äußersten Fällen angewendet werden.

Der Amnestie wäre überhaupt nicht zugestimmt worden, wenn es nicht die offenen und verkappten Staatsstreichler

vom März, besonders aber die Tausende von Offizieren und Beamten zu retten gälte. Das sollte erreicht werden und ist erreicht und so ist nun der wunderschöne Zustand hergestellt, daß die, die den Staatsfriede begangen haben, amnestiert werden, daß sie nur eine einzige Vernehmung zu erdulden haben, daß dagegen die Proletarier, die den Staatsfriede unter Einsetzung des eigenen Lebens unwirksam gemacht haben, zu Tausenden in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten und wahrscheinlich auch noch nicht so schnell daraus befreit werden. Wenn es sich um die Befreiung von Arbeitern handelt, trottet der juristische Amtschimmel sehr langsam. Diese ungeheure Ungerechtigkeit, die seit April an der Arbeiterschaft verübt worden ist, wird ihr die Lehre scharf einprägen, daß die bürgerliche Strafrechtspflege das nächste Bollwerk ist, das niedergelegt werden muß.

Ein heiteres Spiel gab es zwischen denen, die während der Kappischen Regierungszeit eine ziemlich eindeutige Rolle gespielt haben. Herr Schiffer, der damalige Justizminister, bestritt lebhaft, mit Kappvertretern im Auftrage der Regierung verhandelt zu haben. Darauf war Herr Hergt von den Deutschnationalen so boshaft, aus jenen Verhandlungen einiges mitzuteilen, woraus schon allein klipp und klar hervorgeht, in wessen Auftrag Herr Schiffer verhandelt hat. Wie konnte er, der Minister, Kapp, Lüttwig und Genossen als einzelner Straffreier zu sichern, wenn sie nur so gut sein und wieder vom Regierungssessel heruntersteigen wollten? Es ist wohl klar, daß er im Auftrag der Regierung handelte oder mindestens zu handeln glauben durfte. Aber auch die Rechtssozialisten stellten Hergt arg bloß. Er teilte mit, daß Herr Hirsch, der damalige preußische Ministerpräsident, für seine Partei das Versprechen abgegeben habe, sie werde einer Amnestie für Kapp und Kompanie keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Herr Müller bestritt Herrn Hirsch zwar die Berechtigung zu einem solchen Versprechen im Namen der Partei. Daß Hirsch es gegeben hat, konnte er aber nicht in Abrede stellen. Es kamen dann noch einige, die in jenen Tagen keine zweifelsfreie versassungstreue Rolle gespielt haben, u. a. Stresemann und der Unterstaatssekretär Schulz, um sich reinzuwaschen, aber gelungen ist es ihnen nicht. Durch die Amnestie ist ihnen allen erspart, entweder, wenn richtig durchgegriffen worden wäre, auf der Angeklagtenbank selbst Platz nehmen zu müssen, oder als Zeuge aufzumarschieren und dann unterm Elbe auszusagen, was sie ebenfalls in eine peinliche Lage bringen konnte. Sie werden nun aufatmen. Die Lüttwige aber werden den Kopf jetzt noch höher tragen und sich noch mehr als Herren der Lage fühlen. Sie haben es erreicht, daß unzählige Proletarier für die Erhaltung der Republik hingemordet, den schrecklichsten Foltern und Drangsalierungen ausgesetzt wurden, daß Tausende Proletarier in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten, daß sie selber aber frei ausgehen. So will es eben die Gerechtigkeit im bürgerlichen Rechtsstaat.

In später Stunde wurde die Beratung über den Notetat fortgesetzt. Das Kapitel Reichswehrministerium gab eine lange Aussprache. Nach dem Etat wird aufstatt abgerufen.

Die Ermahnungen zur Sparsamkeit schweigen, wo es sich um die Versorgung stellenloser Generale und Stabsoffiziere handelt — einen andern Zweck scheint das neue deutsche Heer nicht mehr zu haben.

Dann wurde noch die kleine Vorlage wegen Helgoland gegen die Stimmen unserer Fraktion erledigt und danach die Notetatberatungen fortgesetzt. Beim Reichswehrministerium brachte Genosse Lipinski die Brandstiftung des Leipziger Volkshauses durch die Reichswehr zur Sprache, worauf Professor Goez den Mut hatte abzustreiten, daß die Brandlegung von der Reichswehr herrühre. Auf das Material, auf das Genosse Lipinski nunmehr hinwies, zog es Herr Goez vor zu schweigen.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes forderte Genosse Breitscheid die strikte Einhaltung der Neutralität Deutschlands gegenüber Rußland und fragte nach den Friedensverhandlungen in London. Wenn man uns dort nicht haben will, warum knüpfen wir keine direkten Beziehungen mit Rußland an? „Auf keinen Fall“, so führte unser Redner an, „dürfte Deutschland nach dem Zusammenbruch Bolens einen Schutzwall gegen den Bolschewismus aufwerfen.“ Der Außenminister Simons mußte, selbst auf die Gefahr hin als eingeschriebenes Mitglied der USP, zu gelten, erklären, daß er mit den Ausführenden Ausschüssen völlig einverstanden sei. „Man muß aber“, so fuhr er fort, „Ruhe bewahren.“ Zum Schluß erklärte er: „Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir uns als Völkerverbündete für militärische Unternehmungen des Völkerbundes oder der Entente gebrauchen lassen.“ Hoffentlich hat Herr Simons die Kraft, die strikte Innehaltung seiner politischen Richtlinien in der Reichsregierung durchzusetzen. Die Arbeiterschaft wird durch seine Worte natürlich nicht der Pflicht entbunden, auf der Wacht zu bleiben.

Beim Reichsfinanzministerium hielt der Finanzminister Wirth noch einmal seine schon mehrmals gehaltene Rede.

Die Lüge von der russischen Militärpartei.

Trotz hielt vor einigen Tagen eine Rede im Russischen Zentral-Exekutivkomitee zu Moskau, in welcher er unter anderem folgendes sagte:

Ihr wißt, daß, wenn wir unsre Feinde nicht durch Worte, sondern durch unsre Taten zwingen, anzuerkennen, daß wir die einzige Partei, der einzige Staat, die einzige Macht der Welt sind, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker wirklich anerkennt, da sagten unsre Feinde, darunter auch die in Polen: Darüber herrscht bei ihnen keine Einigkeit, es gibt dort zwei Gruppierungen. Die eine dieser Gruppen anerkennt zwar die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Bolens, aber — sie haben auch ihre Militärpartei. Wir wurden hierbei mit dem Maß bürgerlicher Staaten gemessen, wo es Militärparteien gibt, die ihr eigenes Programm besitzen, die auf alle andern einen Druck ausüben und die — nach der Art Lubendorffs — der Regierung ihres Landes ihren Willen aufzwingen. Wir haben keine Militärpartei, wir haben ein klares und deutsches, vom Proletariat durchdränktes Programm der kommunistischen Partei, das das Programm unserer Regierung ist. Dieses Programm verpflichtet uns, und das, wozu es uns verpflichtet, führen wir aus, dem dienen wir in Wort und Tat, in unerbittlicher Arbeit, auf der Barrikade und am Ruder der Macht.

Es wäre ein großer Fehler, wenn wir glauben wollten, daß die Geschichte mit der polnischen Arbeiterrevolution beginnen und

uns von den Notwendigkeit des begonnenen Kampfes befreien würde. Nein. Solange in Polen die breiten Massen der Bauern und des Kleinbürgertums der Städte der Ansicht sind, die Entente sei alles, die Entente verlange den Krieg und Polen müsse diesen Krieg führen, um seine Unabhängigkeit zu wahren, haben wir keinen andern Ausweg, als zu zeigen, daß es außer der Entente noch eine andre Macht gibt, die Macht der bewaffneten russischen Arbeiter und Bauern, die Macht unserer Roten Armee, und daß jeder Anschlag auf die Grenzen Sowjetrußlands und der Sowjet-Ukraine auf rücksichtslosen Widerstand stoßen wird.

Der Kampf der Danziger Arbeiterschaft für Rußland.

Danzig, 2. August. Die Organisation der Eisenbahnbediensteten im Freistaat, Beamte und Arbeiter, hat als Bergeltungsmaßnahme gegen den Beschluß der polnischen Arbeiterorganisationen, die Lebensmittelzufuhr nach Danzig zu sperren (für den Fall, daß die Danziger Arbeiter weiter den Transport von Munition und Kriegsgerät nach Polen verweigern), beschlossen, die Einstellung des gesamten Güterverkehrs einschließlich der Lebensmittelzufuhr aus dem Freistaat nach Polen in Aussicht zu nehmen.



Die polnisch-russische Nordfront

Berlin, 2. August. Die Transporte der tschecho-slowakischen Truppen von Czuchan nach Bodenbach sind beendet. Die weiteren Transporte werden über Triest geleitet und werden daher Deutschland nicht berühren.

Ein neuer Pinkerton-Schwindel.

Magdeburg, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Magdeburger Volkstimme veröffentlicht einen neuen „Geheimplan“ über die Bildung einer Roten Armee. Der Plan soll im russischen Hauptquartier aufgestellt und seine Durchführung der deutschen radikalen Arbeiterschaft zur Pflicht gemacht worden sein. Der Plan enthält genaue Angaben über die aufzustellenden Truppenverbände. Auch die Ausrüstung und Bewaffnung ist genau vorgeschrieben. Ebenso sind die Führer namentlich aufgelistet. Nach dem „Geheimplan“ würde die Gesamtstärke der Roten Armee in Deutschland 484 293 Mann betragen, ausgerüstet mit 142 035 Maschinengewehren, einer großen Anzahl von Minenwerfern, Flammenwerfern, Geschützen und Munition. Der Bericht ist, wie die Magdeburger Volkstimme feststellt, in Magdeburg angefertigt, und zwar in der gleichen Schwindelfabrik, in der auch das angebliche Geheimdokument über das Abkommen in Remei hergestellt wurde. Er ist auf dem gleichen Papier und mit der gleichen Schreibmaschine geschrieben, trägt weder Briefkopf noch Unterschrift. Die Hersteller sind wieder die von Stinnes angeheulerten berufsmäßigen Schwindler der Pinkerton-Gesellschaft. Die Berichte werden an die deutsche Wirtschaftshilfe in Berlin weitergegeben und von hier in die rechtsstehende Presse lanciert.

Vom Kongreß der 3. Internationale. Debatte über die Aufnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Das Holländisch News-Bureau berichtet aus Moskau: Auf dem Kongreß der 3. Internationale führte der italienische Kommunist Serrati aus, daß in Frankreich der Boden für eine Revolution jetzt nicht geeignet ist und daß daher die französische sozialistische Partei nicht in die Internationale aufgenommen werden darf. In Deutschland sei die Lage ganz anders. Dort ist die Revolution bereits eine Tatsache, daher könne auch die deutsche Unabhängige Partei aufgenommen werden. Für Italien trifft das gleiche zu. Hier steht die Revolution unmittelbar bevor. Italien befindet sich in einer ersten Krise und die Notlage der Arbeiter und Bauern steigt tagtäglich. Die Revolution ist unvermeidbar, und wir werden sie durchführen, obwohl es auch bei uns Opportunismenelemente gibt. Es kann über die Notwendigkeit einer Revolution kein prinzipieller Unterschied bestehen. Italien muß aber selbst die Entscheidung treffen, wann die Revolution beginnen soll.

Darauf ergriff Lenin das Wort und begann eine ausführliche Analyse der Rede, die Crispian gehalten hat. Er sagte, daß diese Rede an sich selbst ein Dokument von großem Wert wäre, weil die Lage des rechten Flügel der deutschen unabhängigen Partei klar daraus hervorgehe. Er bemerkte, daß die Ansicht von Crispian für die Diktatur des Proletariats sich fast vollkommen mit der Ansicht von Kautsky decke. Es ist deshalb kein Zufall, daß Crispian mit seinem Wort den Kampf der Richtungen und Strömungen im Kongreß im allgemeinen und in der Partei der Unabhängigen bekräftigt. Als Beispiel des Opportunismus der Deutschen unterzeichnet Lenin gleichfalls den langen Aufsatz, bevor die Unabhängigen sich von der Scheidemanngruppe getrennt hatten. Lenin analysiert

dann die Haltung der Unabhängigen und besonders des rechten Flügels bezüglich der Anwendung von Terrorismus. Er fragt, welche Haltung die Partei einnehmen wird, wenn die Diktatur des Proletariats durchgeführt werden wird, und zwar hinsichtlich der Würger von Rosa Luxemburg und Liebknecht, hinsichtlich der Offiziere der Weissen Garde, gegen den Breilowucher und gegen Krupp und Stinnes. Mit Rücksicht auf gewisse gegenrevolutionäre Elemente in der Partei weist Lenin darauf hin, daß eine Politik, die vor Gewalt und Terror zurückzuckt, nicht existenzfähig sei. Eine Diktatur des Proletariats ist ohne Terrorismus und ohne Gewalt gegen die schlimmsten Feinde des Proletariats und der arbeitenden Klasse nicht denkbar. Ihr sagt, daß Kautsky keinen Einfluß in Curer Partei hat, schließt Lenin, aber Ihr selbst seid der lebendige Beweis dafür, daß er großen Einfluß hat und daß dieser Einfluß ein sehr schlimmer ist für die Massen, weil er eine bürgerliche Tendenz hat. Wir können nicht mit Kautsky in einer Internationalen zusammenwirken und wir wünschen kein neues Mitglied in unserer kommunistischen Internationale aufzunehmen, das sich auf Kautskys Standpunkt stellt. Wir müssen uns vor Aufnahme neuer Mitglieder sorgfältig Rechenschaft geben, wie die politische Lage in dem betreffenden Lande ist. Wie Serrati ganz richtig bemerkt hat: Unter den für die Revolution Überwältigbaren Umständen haben die Bolschewisten ihre Existenz durchgesetzt.

Der deutsche Kommunist Venz protestiert heftig gegen die Aufnahme der deutschen Unabhängigen in die kommunistische Internationale. Er „beweist“ durch eine Serie von Dokumenten, daß die unabhängige Partei systematisch die revolutionären Richtlinien verließ und sich zum Wilsonismus und pazifistischen Sozialismus hinüberließ. Der Schweizer Dron vertritt den gleichen Standpunkt hinsichtlich der Partei in der Schweiz, wo gleichfalls die Bedeutung des Proletariats nicht anerkannt werde. Genosse Büchli behandelte die politische Entwicklung der Massen, die Mitglied der deutschen unabhängigen Partei sind und wies auf die Schwierigkeiten der unabhängigen Partei hin und zeigt die Schwierigkeiten, die diese Gruppen zu bekämpfen haben. Der Genosse Stöcker stellt fest, daß verschiedene Genossen im Kongreß und in privaten Unterhaltungen mit ihm den Wunsch äußert haben, daß die deutsche Unabhängige Partei sich endgültig auf einen andern Standpunkt stellen soll und die Entscheidung bald getroffen werde. Er sagt, daß in dieser Partei verschiedene Ansichten über die Bedeutung des Proletariats im allgemeinen bestehe. Die Lage des politischen Lebens in Deutschland und die natürliche Entwicklung des Gehirns in Deutschland sei eine derartige, daß im Augenblick keine Entscheidung gegen die Unabhängigen unternommen werden könne. Man solle sich Rechenschaft davon geben, daß Rußland schon über eine Armee von Millionen revolutionärer Bauern verfüge. Auf der andern Seite gebe es aber auch gegenrevolutionäre Bauern. Wir haben aber, was man in Rußland nicht hat, eine Armee von intellektuellem Proletariat, von Technikern, Sonderauswicklern usw., und diese Armee verteidigt mit aller Gewissenhaftigkeit die Diktatur des Proletariats und wird die Entwicklung erleichtern.

Der Kongreß der 2. Internationale.

Genf, 2. August. Der internationale Sozialistenkongreß behandelte in seiner heutigen Vormittags-sitzung die Frage der Zulassung der einzelnen Delegationen. Im Namen der Mandatsprüfungskommission vertrat Morrison (England) den Standpunkt, daß die anwesenden französischen Delegierten nicht als vollberechtigte Delegierte anerkannt werden können. Generalsekretär Sunmans betonte, die französischen Delegierten hätten die Grundzüge der zweiten Internationale anerkannt und sollten deshalb zugelassen werden; jedoch müsse ihr Stimmrecht etwas beschränkt werden. Bei der Abstimmung sprachen sich fünf Delegationen für den Kommunistenbeschuß aus und sieben Delegationen für den Antrag Sunmans; zwei Delegationen, die deutsche und die schweizerische, enthielten sich der Stimme. Präsident Bernhard Shaw interpretierte die Abstimmung in dem Sinne, daß die französischen Delegierten sich unangehörig aktiv an den Beratungen beteiligen können. Dann wurde die Frage der Zulassung des Russen Alex Jmasi als Vertreter der Bannau-Gruppen verhandelt. Der Kongreß beschloß, ihn nicht anzuerkennen. Hierauf wurde die Sitzung auf 2 Uhr nachmittags vertagt.

Die Kriegsschuld-Resolution.

Genf, 1. August. Die zur Beratung der Verantwortlichkeitsfrage eingesetzte Kommission des Internationalen Sozialistenkongresses nahm nach schwierigen Verhandlungen unter Vorbehalt der Zustimmung der deutschen Delegation, die noch nicht vollständig in Genf erschienen ist, einstimmig folgende Resolution zur Kriegsschuldfrage an:

In Erwägung, daß die deutschen Sozialdemokraten in ihrer Denkschrift über die Frage der Verantwortlichkeit anerkannt haben, daß sie den Fehler begangen haben, nicht frühzeitig und nicht energisch genug das System des Militarismus und Imperialismus bekämpft zu haben vor allem hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die der Kontrolle der Volkswirtschaft entzogen war,

in weiterer Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst sagt, daß die deutsche Revolution zum Unglück der ganzen Welt und besonders auch des deutschen Volkes selbst um fünf Jahre zu spät gekommen ist, und daß darin, nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, die Schuld liegt, deren die deutsche Sozialdemokratie sich anklagen muß,

in weiterer Erwägung, daß die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Kommission über die Schuldfrage die nachstehenden Erklärungen abgegeben hat: „1. Das Bismarcksche Deutschland hat, wie schon Marx und Engels erklärt haben, den Weltfrieden auf das schärfste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 mit Gewalt annektiert hat. Für die deutsche Sozialdemokratie gibt es keine elsaß-lothringische Frage mehr. 2. Das kaiserliche Deutschland hat ein neuerliches Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und die Unabhängigkeit Belgiens verletzte. 3. Das republikanische Deutschland selbst fühlt sich verpflichtet, zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffs, den das kaiserliche Deutschland ausgeübt hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konfliktes mögliche Schiedsgericht abgelehnt hatte.“

nimmt der Kongreß diese Erklärungen zur Kenntnis und erneuert die Erklärungen der allierten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Übertreibung seiner Interessenpolitik und seiner Anflucht eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist, und erklärt gleichzeitig mit denselben Ausdrücken wie die deutsche Denkschrift: „daß sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kossolkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gekürzten deutschen und österreichischen Mächte lag.“

Der Kongreß gibt die Urheber der abscheulichen Schändlichkeit, die Europa und die Welt in Blut gebadet hat, dem Abscheu der Völker preis und bekräftigt seinen festen Willen, alle seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale zu kämpfen.

Den Verhandlungen der Kommission, die diese Resolution einstimmig beschloß, wohnte deutscherseits der Reichstagsabgeordnete Braun bei. Die Resolution soll am Montag in einer Vollversammlung des Kongresses zur Verhandlung kommen.

Für die Frage der Abrüstung hat die Kommission eine Unterkommission gebildet.

Der Prozeß der Mitschuldigen.

Berlin, 3. August. Wie der Vorwärts mitteilt, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der Resolution des Ausschusses des Genfer Kongresses über die Kriegsschuldfrage folgendes Telegramm nach Genf geschickt:

Fraktionsvorsitz hält Zustimmung der deutschen Delegation zu Genfer W. Schlichtung für unmöglich, da Archive anderer Länder nicht geöffnet sind und deshalb solches Urteil über Schuldfrage ganz einseitig und ungerecht wäre.

Eröffnung des Internationalen Bergarbeiter-Kongresses in Genf.

Genf, 2. August. (TL.) Der internationale Bergarbeiterkongress wurde heute Vormittag unter dem Vorsitz des Engländer Smillie eröffnet, der in einer kurzen Begrüßungsrede es als eine ernste Pflicht der Arbeiter bezeichnete, ihre Organisation bereit vorzubereiten, daß bei künftiger Kriegsgefahr rechtzeitig der allgemeine Ausstand durchgeführt werden könne. Er erzählte dabei, daß er im Jahre 1914 mit seinem Sekretär Ashton die ersten Schritte zu einem Ausstand der Bergarbeiter unternahm. Die diesbezüglichen Telegramme wurden aber nicht beschieden. Als Vorsitzender der deutschen Delegation dankte Sue für die korrekte und objektive Führung der Geschäfte des internationalen Verbandes während des Krieges. Sie stimmte dem Antrage zu, den Sitz des Verbandes in London zu befestigen und den von den Engländern vorgeschlagenen neuen Vertreter Dodge zu bestätigen.

Namens der belgischen Delegation schloß sich Degardin dem Ausdruck des Dankes an und gedachte unter Beifall der Versammlung der hervorragenden belgischen Bergarbeiterführer, die an den Seiten des Krieges gestorben seien.

Der Rücktritt des bisherigen Sekretärs der Internationale wurde genehmigt und ihm für seine Verdienste gedankt. An seiner Stelle wurde der britische Bergarbeitersekretär Dodge gewählt, der die Wahl annahm und als Aufgabe der Bergarbeiter-internationale die Befreiung der Bergarbeiter vom Kapitalismus bezeichnete. Dann verlas er verschiedene Berichte der belgischen, deutschen und französischen Bergarbeiterschaft über die Lage in den verschiedenen Ländern und behandelte die Frage der Reorganisation der Bergarbeiterinternationale.

In der Nachmittags-sitzung wurde der Entwurf der Belgier für die neuen Statuten verhandelt. Hierzu führte der belgische Delegierte Desjardin u. a. aus, neben der Forderung auf Sozialisierung und Herabsetzung der Arbeitszeit müsse auch der Kampf gegen den Krieg erklärt werden. Präsident Smillie erklärte, die Angelegenheit müsse zur näheren Prüfung und Ausarbeitung dem internationalen Komitee unterbreitet werden, das dann auf dem nächsten Kongress Anträge einbringen könne. Der Generalsekretär der deutschen Bergarbeiter erklärte, die Deutschen stimmten dem Antrage der Belgier auf Einseitigkeit zu; nur wünschten sie eine größere Herabsetzung der Arbeitszeit. In Deutschland hätten die Bergarbeiter bereits eine Arbeitszeit von sieben Stunden. Das Ziel müsse die Sechsstundenschicht sein. Eine Arbeitszeit von acht Stunden gehöre in Deutschland für die Bergarbeiter bereits der Vergangenheit an. Präsident Smillie stellt fest, daß im Verlauf eines neuen Krieges der internationale Bergarbeiterstreik erklärt werden müsse. Durch eine solche Erklärung würde ein Krieg unmöglich gemacht werden; denn ohne Kohle könnte ein Krieg nicht geführt werden. Sue (Deutschland), von der englischen Delegation lebhaft begrüßt, erklärte, er nehme den Vorschlag, einen neuen Krieg mit einem internationalen Bergarbeiterstreik zu beantworten, von ganzem Herzen an. Präsident Smillie schlug vor, diese Angelegenheit dem internationalen Komitee zu überlassen, das dem Kongress noch vor Schluß Bericht erstatten soll. — Die Verhandlungen wurden auf Dienstagvormittag vertagt.

Die Belgier schlagen als Ziele den Achtstundentag (Ein- und Ausfahrt der Grubenarbeiter einbezogen), Mindestlohn, um den Arbeitern und ihren Familien eine in materielle und geistiger Hinsicht normale Existenz zu ermöglichen, und Verstaatlichung aller Bergwerksbetriebe vor, in deren Verwaltungsrat zu gleichen Teilen Vertreter der Bergarbeiter, der Konsumenten und des Staates sitzen sollen. Bis zur Verstaatlichung der Bergwerke sollen keine Konzessionen an Private erteilt werden. Mittel zur Verstaatlichung der Bergwerke sollen sein parlamentarischer Voranschlag, Massenunterschreibungen und im Notfall Generallstreik. Die Belgier schlagen weiter den Streik gegen die Nation vor, die einen neuen brudermörderischen Krieg unter den Völkern entfesseln würde.

Der Bericht der französischen Delegation beantragt, daß im Interesse der Allgemeinheit die Produktion nach Möglichkeit gesteigert werden müsse, ferner gleiche tägliche Arbeitszeit für alle Bergarbeiter der ganzen Welt, und zwar acht Stunden von der Einfahrt bis zu der Wiederankunft über Tag, unterbrochen von einer Pause von mindestens 30 Minuten. Für gewisse Arbeiten unter Tage soll die Arbeitszeit in außerordentlichen Fällen auf sechs und sogar auf vier Stunden verkürzt werden.

Der englische Bericht erwartet einen Fortschritt in der Lage der Bergwerke und der Bergarbeiter nur durch Verstaatlichung und Ausschließung der privatkapitalistischen Betriebe. Ferner soll den Bergleuten eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit vom 1. Juli 1921 an gewährt werden unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatten. Der Bericht der englischen Bergarbeiter stellt ferner fest, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder früher denn je sei und daß sie voraussichtlich im Laufe dieses Jahres eine Million erreichen werde.

Die deutschen Bergarbeiter weisen in ihrem Bericht darauf hin, daß die Bergarbeiterinternationale sich vor dem Kriege mit der Abwendung der Ueberproduktion zu befassen hatte, während heute die Bekämpfung der Kohlennot auf der Tagesordnung stehe. Die deutschen Bergarbeiter haben für die Unter-Tage-Arbeit die Sechsstundenschicht gefordert, was die Regierung mit dem Hinweis auf die große Kohlennot als unannehmbar bezeichnet und abgelehnt habe, sie fordern aber, daß die technischen Vorarbeiten für die Sechsstundenschicht getroffen werden. Ferner soll sich die deutsche Regierung mit den Regierungen der anderen Staaten verständigen über die internationale Einführung der Sechsstundenschicht. Der Bericht der deutschen Bergarbeiter stellt zum Schluß fest, daß die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter Deutschlands außerordentliche Fortschritte mache, und daß die Mitliederzahl von 101 835 im Jahre 1914 und von 46 450 im Jahre 1916 auf 436 527 im Dezember 1919 gewachsen sei.

Die Unruhen in Zittau.

Zittau, 2. August. Die Lage des Generallstreiks hat sich wesentlich verschärft. Auf einer heute vormittag auf der Schießwiese abgehaltenen, von etwa 10 000 Personen besuchten Massenversammlung wurde, wie die Zittauer Nachrichten melden, bekanntgegeben, daß sich auch das Gewerkschaftskartell, das bisher eine abwartende Haltung einnahm, für die Durchführung des Massenstreiks und für die Annahme sämtlicher Forderungen der Arbeiter erklärt hat.

Dresden, 2. August. Heute hat die Regierung mittels Flugzeuges in der Oberlausitz Flugblätter abwerfen lassen, in denen es u. a. heißt: Vergelehtete Teile der Bevölkerung haben sich durch landfremde Demagogen (?) und Volksfeinde hinreißend lassen zu Ungeheuerlichkeiten,

ja sogar Gewalttätigkeiten. Dadurch ist es gekommen, daß der Stadt Zittau Licht und Kraft entzogen, die gesetzlichen Behörden ausgeschaltet und zum Generallstreik aufgefordert worden ist, sowie daß die Stilllegung der Hirschfelder Werke angedroht wurde. Ein Fünfschneeraus-schub, bestehend aus einer Minderheit von Unabhängigen und Spartakisten, hat sich widerrechtlich die vollziehende Gewalt angeeignet und damit Zehntausende von Arbeitern mit der Erwerbslosigkeit bedroht. — Der Aufruf fordert die Bevölkerung schließlich auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, die gesetzlichen Behörden bei den bereits eingeleiteten Schritten zu unterstützen und der Landespolizei, Sicherheitspolizei und der Reichswehr mit Vertrauen zu begegnen. Die vollziehende Gewalt befände sich nicht in den Händen des Militärs, sondern sei von der Regierung einem Zivilkommissar übertragen worden. Der Aufruf ist von sämtlichen sächsischen Ministern unterzeichnet.

Dresden, 2. August. Die Regierung hat den Besatzungszustand über die Gebiete von Zittau und Böbau verhängt.

In Zittau selbst herrscht nach den gewordenen Mitteilungen Ruhe. Der Generallstreik hat scharf eingelebt, Elektrizität, Gas und selbst Wasser fehlen. Heute nacht 12 Uhr wurde auch der Eisenbahnverkehr einige Stationen vor Zittau eingestellt.

Den Sicherheitsdienst versteht die städtische Polizei. Mit der Landespolizei ist ein Abkommen getroffen, daß diese solange nicht von der Waffe Gebrauch macht, als die Streikenden ohne Waffen erscheinen.

An der Forderung auf Abzug der Sicherheitspolizei unter Zurücklassung der Waffen hält der Fünfschneeraus-schub fest. Nach Meldungen der bürgerlichen Presse soll angeblich der Rücktritt der sächsischen Regierung verlangt worden sein.

In ihre Stelle sollen politische Arbeiter räte ohne Einfluß der Bürgerlichen die Macht ausüben. Diese Meldung muß sehr vorsichtig aufgenommen werden, wahrscheinlich handelt es sich dabei nur um eine Forderung der kommunistischen Arbeiterpartei, die in Zittau einigen Einfluß hat. Die Arbeiter Zittaus werden wohl selbst wissen, daß eine Sowjetregierung durch eine örtliche Aktion nicht aufgerichtet werden kann.

Im Fünfschneeraus-schub scheint der aus dem Neuring-projekt bekannte Dresdner Kommunist Clements Frenzel die Führung zu haben. Frenzel tauchte bisher immer dort auf, wo Unruhen im Gange waren. Die bürgerliche Presse behauptet jetzt, Frenzel sei Unabhängiger. Unses Willens trifft dies nicht zu.

Die Beamtenschaft hat bereits Abschnitten angenommen für den Fall, daß die Streikleitung in ihre Befugnisse eingreifen wird. Auch die Vereinigung der Kleinhandler und die Pastelorganisationen haben zu der Lage Stellung genommen, und zwar in geschlossenen Versammlungen, da zum Beispiel die Versammlung der Kleinhandler von Abgeordneten der Streikleitung unterjagt worden ist.

Der Generallstreik breitet sich in ganz Ostschlesien aus, zum Teil deshalb, weil das Hirschfelder Kraftwerk stillliegt.

Das Gewerkschaftskartell Zittau soll mit dem Generallstreik nicht einverstanden sein. Die oben wiedergegebene gegenteilige laute Mitteilung W.B. sei auf eine irrtümliche Auffassung zurückzuführen.

Uns scheint, als ob der Reaktion die Angelegenheit sehr zupasse kommt. Jedenfalls schlachten die bürgerlichen Blätter die Dinge in sensationeller Weise aus. Hoffentlich läßt sich einmal beweisen, inwieweit Provokateure am Werk sind.

Sozialdemokraten und Juden sind vogelfrei.

Szenen aus der ungarischen Nationalversammlung. Nach Berichten ungarischer Blätter ergriff in der Sitzung der Nationalversammlung vom 24. Juli zur Regierungserklärung auch der außerhalb der Parteien stehende frühere Minister des Inneren Graf Julius Andrássy das Wort. Seine Rede wurde durch die Mitglieder der Mehrheitspartei wiederholt durch lärmende Szenen und Zwischenrufe gestört. Besonders heftigen Angriffen war er ausgesetzt, als er dagegen Stellung nahm, daß man gewisse Elemente in der Armee zu minderwertiger Arbeit verwenden wolle. Man dürfe bei dieser Frage nicht von dem Gesichtspunkte ausgehen, ob jemand Jude oder Sozialdemokrat sei. Die Abgeordneten der Regierungspartei riefen erregt aus: „Juden dürfen in Ungarn im Heere nicht mehr dienen!“ Noch heftigere Szenen spielten sich ab, als Graf Andrássy erklärte, es sei kein Verbrechen Sozialdemokrat zu sein und man dürfe gegen niemand nur aus dem Grunde, weil der Betreffende ein Sozialdemokrat sei, Grausamkeiten begehen. Diese Worte des Andrássy entsetzten einen wahren Entsetzungssturm. Die Abgeordneten der Regierungspartei sprangen von ihren Sitzen auf und ballten die Fäuste gegen Andrássy, der nur mit Mühe seine Rede beenden konnte.

Für die Verbilligung des Schuhwerks.

Die Schuhpreise sind trotz der Preisenkungen in letzter Zeit immer noch so gewaltig, daß die breiten Massen der Bevölkerung sie einfach nicht bezahlen können. Unsere Vertreter im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages haben nunmehr einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem ein Teil der Gewinne der Kriegsgesellschaften in der Leder- und Schuhwaren-industrie für die Senkung der Schuhpreise in Anspruch genommen werden soll. Der Entwurf bestimmt in seinen ersten zwei einschließenden Paragraphen folgendes:

§ 1. Der Sicherungsfonds der Deutschen Lederartfregesellschaft, der Liquidationsfonds des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie, der Liquidationsfonds des Hauptverteilungsausschusses des Schuhhandels, der Liquidationsfonds der Sattlerleber-Gesellschaft m. b. H. sind mit Wirkung vom 1. Juli 1920 an zugunsten des Reiches zum Zwecke der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem, neuem ledernen Strahenschuhwerk beschlagnahmbar, werden Eigentum des Reiches und sind an die Reichskasse abzuführen.

§ 2. Die gesetzlichen Vertreter der in § 1 genannten Organisationen sind für die Abführung der Beträge persönlich haftbar. Ingesamt handelt es sich um eine Summe von etwa 85 Millionen Mark, die der Reichskasse in rät dieses Gesetz zugeführt werden sollen.

Deutschland.

Wieder ein Münchner Hochverratsprozess.

München, 31. Juli. In dem vor dem Volksgericht München stattfindenden Hochverratsprozess gegen Lienting und Genossen beantragte der Staatsanwalt gegen Lienting, der in ehrlöser Geminnung gehandelt habe (1), wegen Hochverrats 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Deder 9 Monate Festungshaft. Bezüglich des Angeklagten Freiberger überließ es der Staats-anwalt dem Ermessen des Gerichts, ob ein subjektives Verschulden dieses Angeklagten vorliege.

Das Gericht verurteilte Lienting wegen Verbüchens der Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr Festungshaft. Die Angeklagten Freiberger und Deder wurden freigesprochen.

Die Angeklagten sollen einen Generallstreikplan vorbereitet haben. Sie bestritten das nicht, doch behaupteten sie, daß der Streik nur als Abwehr eines Rechtsutisches gedacht war. Das ist eben im reaktionären Bayern strafbar.

Schließung der Festungswerke von Mainz. Am 31. Juli beginnt die im Friedensvertrag vorgesehene Schließung der inneren und äußeren Festungswerke von Mainz. Sie wird mehrere Monate beanspruchen.

Zusammenschluß der Unternehmer. Im bayerischen Landtag bildete sich eine lose interfraktionelle Industriegruppe, an der alle bürgerlichen Parteien beteiligt sind.

Zeitungsverbot im besetzten Gebiet. Der Weissenheimer Anzeiger teilt mit, daß sein Erscheinen von der französischen Behörde auf die Dauer von drei Tagen verboten worden ist.

Kleine Auslandsnachrichten.

Teuerungskrawalle in Böhmen. Der Prager Venloz berichtet über Ausschreitungen einer mehrere tausend Personen zählenden Menge im Bezirk Eisek, sowie in mehreren Gemeinden des Bezirks Schlan gegen landwirtschaftliche Betriebe. Die Behörden haben die Ordnung wieder hergestellt.

Gegen den tschechoslowakischen Militarismus. Die Prager Narodni Politika weist darauf hin, daß von den deutschen und den tschechischen Sozialdemokraten eine eifrige Agitation gegen die bevorstehenden Ausschreibungen betrieben werde. Am 1. August wurden Massenversammlungen der sozialdemokratischen Jugend veranstaltet, um gegen den Militarismus zu demonstrieren.

Russisches Getreide für Italien. Die Times meldet aus Moskau, daß italienische Schiffe, die mit heimkehrenden russischen Kriegsgefangenen in Odessa eingetroffen waren, gegenwärtig mit russischem Getreide beladen werden, wovon sie 17 000 Tonnen nach Italien bringen sollen.

Der Streik um die Kriegsbente. Aus Washington wird gemeldet: Das Auswärtige Amt hat an England Vorschläge übermittelt, um für die Amerikaner die gleichen Rechte bei der Ausnutzung der Petroleumquellen in den Ländern zu erzielen, die unter englischem Mandat stehen, einbezogen Mesopotamien.

Der Kampf um Thrazien. Die Athener Blätter melden: Der Führer der türkischen Nationalisten in Thrazien Zafar Tanar ist gefangen genommen worden.

Wiß Mustafa Kemal sich ergeben? Konstantinopeler Blätter melden, daß Mustafa Kemal den Wall von Konia nach Konstantinopel entsandt habe, um mit der Zentralregierung über die Auflösung der nationalen türkischen Truppen zu verhandeln.

Die Lage in Syrien. Times melden aus Kairo, daß in Damaskus ein neues Ministerium gebildet worden sei, was auf eine vorläufige Verständigung mit Frankreich hinweise. Ministerpräsident ist Nabin Drubi.

Rußland und Persien. Die persische Regierung erhielt vom Volkskommissar des Auswärtigen der Sowjetregierung, Tschitscherin, ein Telegramm, in dem erklärt wird, daß alle russischen Streitkräfte aus dem persischen Gebiet zurückgenommen wurden.

Hühneraugen Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos. Kukirol 100 000 fach bewährt - Preis M. 2.50. - In Apotheken u. Drogerien erhältlich. König Salomo-Apotheke, Grimmische Strasse

Erdal Schuhputz. Der Kenner spricht, wie angenehm putzt sich der Schuh mit Erdalcreme. schwarz / gelb / braun / rotbraun. Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Raft in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Richard Müller, Borsdorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Anzeigen- und Verlags-Gesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Mit-Leipzig. Mittwoch, den 4. August, **Steckbahn-Partie** nach **Connewitz**. Die Kinder treffen sich pünktlich um 2 Uhr am Germania-Abd. Die Spielleitung.

Mit-Leipzig, Bezirk Süden. Mittwoch, den 4. August 1920, abends 7 Uhr, **Bezirksversammlung** im Volkshaus. 1. Vortrag über: Der wirtschaftliche Zusammenbruch im Reich. Referent: Genosse **Karl Gootz**. 2. Ansprache hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht. Die Beiratsvertreter.

Mit-Leipzig, Bezirk Westen I und II. Sonnabend, den 7. August 1920, **Nachtausflug mit Musik**. Anschließend gemütliches Tanzen verbunden mit großem Wirtchen-Essen. Treffpunkt abends 7 Uhr, Ecke **Wagwitzer- und Wolfesstraße**. Abmarsch Punkt 7⁴⁵/₈ Uhr.

Weiten II sammelt sich **Mehlsack, Verwaltungsgebäude**. Abmarsch abends 7⁴⁵/₈ Uhr. Die Genossen und Genossinnen sowie Gäste aus andern Bezirken sind herzlich eingeladen. Die Vertrauensleute.

Kinderarten und Eintrittskarten für Er-wachsene à 1 Mk. zum **Volk- u. Kinderfest**, welches Sonntag, den 8. August, stattfindet, sind in der Filiale der Leipziger Volkszeitung, ferner beim Genossen **Gustav Schmidt**, Hauptstraße 87, pt. und bei allen Vereinsvorständen erhältlich. Der Vorstand.

Stötteritz. Morgen Mittwoch, **Ausflug nach Connewitz**, w.ig. Waldschänke. — Freitag, den 6. August, **Vorstellung im Puppentheater**, Dresdner Straße. Eintrittskarten à 50 Pf., gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches in den Filialen des Konsumvereins **Bahnhofstrasse** und **Dolchhäuser Straße** und Filiale der Leipziger Volkszeitung. — **Mittwoch, 11. August, Tagespartie nach Mählau**, Mittagbrot pro Person 2 Mk. gegen vorherige Anmeldung und Hinterlegung des Betrages bis Freitag, den 6. August, in der Filiale der Leipziger Volkszeitung.

Deutscher Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Verband
Verwaltungsstelle Leipzig.

Mittwoch, den 4. August, abends 7 Uhr, im Volkshaus
Versammlung der Lehrlinge aller Branchen.

Tagesordnung:
1. Referat über die Entwicklung der Klassenkämpfe.
2. Gewerkschaftliches.
Alle Eltern und Erzieher sind herzlich eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter Verband

Die Bibliothek steht allen Mitgliedsvereinen unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher im Austausch gegen Entlohnung entliehen werden. Anmerkungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Bevor Sie heiraten, wollen Sie in deren eigenen Interesse die **„Das Liebes- und Geschlechtsleben des Weibes in gelunden und kranken Tagen“** von Dr. med. **W. Schwarze** lesen. Was diesen, von strengster Standpunkt aus geschriebenen Werks des bekannten Autors wissen Sie den Nutzen und Lachen, die ihr jedes Gebildeten von unerschöpflichem Wert sind. Preis dieses eines 100 Seiten starken, mit vielen Abbildungen versehenen Werkes 5,95 Mark fr. — Nur zu beziehen von **W. H. Schwarze's Verlag, Dresden-R. 450.**

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstrasse 7.
Täglich größter Erfolg!
Nur noch 3 Tage!
Das gewaltige orientalische Abenteuer- und Liebes-Drama:
Fata Morgana
Die sensationellen Erlebnisse eines Arabermädchens und eines deutschen Forschungsreisenden in der Wüste. Herrliche, nie gesehene Szenarien aus dem Orient. — Das Leben und Treiben in einem Araberdorf. — Von Wüstenräubern ergriffen. — Der Sklavenmarkt in Damaskus.
Hauptrolle: **Charlotte Bücklin.**
Zusammen **10 Ries-Akte!**
Das Haus der Lüge.
Das atembrechende, packende und spannende **Kriminal-Drama.**
Verstärktes Orchester.
Einlaß 3¹⁵/₈ Uhr — Ende 10¹⁵/₈ Uhr.

Lichtspielhaus

Eisenbahnstrasse 74.
Vom 3. bis 5. August:
Das mit größter Spannung erwartete Monumental-Filmwerk. Der II. Teil des Riesenspiels **„Die Sündenin“**
Die drei letzten Tänze der Mary Wilford.
Ein packendes Sitten-Drama aus den Höhen und tiefsten Tiefen der Gesellschaft in 7 Akten.
Hauptrolle: **Erika Gläßner.**
Hierzu: **Kolomann der XXVII.**
Ein ganz tolles Lustspiel in 3 Akten.
Täglich Einlaß 5 Uhr. Anfang 7¹⁵/₈ Uhr.

Hollenkamp

Preis-Abbau

Wirtschafts-Aufbau

Um für ihre Arbeiter Beschäftigung zu schaffen, haben sich nunmehr die Tuch-Fabrikanten entschlossen, auch ihrerseits am Preisabbau mit beizutragen, und trotz der teuren Material-Einkäufe und trotz der hohen Herstellungskosten ihre Ware mit Verlust abzugeben.

Um unsere Läger für neue Ware aufnahmefähig zu machen, bringen wir

3 Sonder-Angebote

in **Herren - Stoffen** und haben hierfür Preise angesetzt, die niedriger sind als die Fabrikantenpreise

1. Sonder - Angebot
Dunkelbraun und rötlichbraun karierte und einfarbige Cheviots und Buckskins; ferner einfarbig graue und braune, marineblau für Anzüge und Damen-Kostüme, marengo für Rock-Anzüge u. Ueberzieher.
Keine Kriegsware
à Meter 50.- Mark

2. Sonder - Angebot
Braun und grau karierte und einfarbige Cheviots und Buckskins in verschiedenen Farbenzusammensetzungen, sowie marineblaue Stoffe für Anzüge und Damen-Kostüme, marengo für Rock-Anzüge und Ueberzieher.
Gute halbpreise Stoffe
à Meter 70.- Mark

3. Sonder - Angebot
Halbschwere Buckskins; ganz besonders auch für Mäntel für Damen und Herren geeignet, in grau, oliv und braun; Anzug-Stoffe in allen Farben und Zusammensetzungen, einfarbig und kariert, marineblau, ganz besonders billig, ebenso marengo für Rock-Anzüge, Ueberzieher.
Nur prima Friedensqualitäten
à Meter 90.- Mark

Für unsere auswärtigen Kunden stehen Proben zur Verfügung.
Mittags von 1-3 Uhr geschlossen.
Wir übernehmen auch die Anfertigung zu bekannt niedrigen Preisen.

Hollenkamp

Rauchtabak-Uebersee
Qualität per Pfund 28.- Mk. } bei größerer Ab-nahme billiger.
" II " 26.- " }
" III " 24.- " }
Zigarren, Zigaretten billigst.
Karl Appenrodt, Weisig, Eisenstr. 10, 1. Kein Laden.
Billigste Bezugsquelle für Wirt, Kantinen, größere Körperverhältnisse usw.

L.-Ost L.-West spricht Spartakus!

Öffentliche Versammlungen
Grüne Schänke, Leipzig-Anger, Redner: **Artur Hammer, Essen.**
Deutsches Haus, Leipzig-Lindenau, Redner: **Fritz Globig, Berlin.**
Die internationale Lage und die Aufgaben des Proletariats.
Freitag, den 6. August, 7⁴⁵/₈ Uhr abends
Trompeter, Großschlocher, Redner: **Fritz Globig, Berlin.**
Die Vereindung des Proletariats und Sowjet-Rußland.
Einen Massenbesuch dieser Versammlungen erwartet
K. P. D. (Spartakusbund), Ortsgruppe Leipzig.
Wäutung, Bezirk Osten! Die Mitglieder-Versammlung findet diesmal am **Mittwoch, den 4. August, abends 7⁴⁵/₈ Uhr, im Restaurant Schiffschen, Zolltellerstraße, statt.**
Kein Besuch erwartet
Die Bezirksleitung.

Einwohner- u. Arbeiterschaft des Ostens!

Mittwoch, den 4. August, abends 7⁴⁵/₈ Uhr:
Grosse öffentliche Versammlung
in den **Drei Mühren, L.-Anger.**
Tagesordnung:
Turn- und Sport-Bewegung und Arbeiterschaft.
Referent: **Richard Koppich**
Bundesturnwart des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.
Arbeiter! Sportler! Jugend! Kommt in Massen und unterrichtet Euch über den Wert der Leibesübungen.
Der Einberufer.

Leipzig-Ost. Proletarische Freidenker!

Mittwoch, den 4. August, abends 7⁴⁵/₈ Uhr, in der **Silberpappel, Rischstraße**
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag: **Religiöse Bewegungen der neueren Zeit.** Referent: **Genosse Wolf.**
2. Freie Ansprache. — 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, besonders der Frauen, ist dringend erwünscht. Gäste sehr willkommen.
Gastwirte! Zum gemeinschaftl. Besuch noch einige Kollegen gesucht. Das Bier kann mit 1,20 Mk. à Glas verhängt werden, da es franco Haus auch nicht teurer wie Lagerbier kommt. Besprechung nach 7 Uhr abends. **Gastwirt Muck, L.-Heudnis, Elmortstraße.**

Familien-Seebad Baalsdorf bei Leipzig.
Anerkannt wärmstes und schönstes Wasserbad Leipzigs. Angenehmer Ferien-Urlaubsort. Geöffnet von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Bahnstation **Zweinaundorf u. Sommerfeld.**

Licht-UT-Spiele

Mur noch **3 Tage!**
2 Filme, die man gesehen haben muß **2**
Nur **Erstaufführungen!**
„Sinnesrausch“
Imposantes Filmschauspiel
6 Akte
Ferner das grosse Hochlandsdrama
Der rote Andreas
4 Akte
von hervorragender Schönheit.
Das volle Programm auch für Jugendliche über 14 Jahre.
Beginn **4 Uhr.**

Film-Palast

L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.
Der Tanz auf dem Vulkan.
Der Tod des Großfürsten
Drama in 5 Akten
mit **Lee Parry.**
Die Erbschaft von New York
Ein spannendes Abenteuer in 4 Akten
mit **Nic Carter.**

LUNA-Lichtspiele

Leipzig Euraltr. 3
Bon Dienstag, den 3., bis Donnerstag, den 5. August:
Hilde Wörner: „Ein Frühlingstraum“ (5 Akte),
„Die Auswanderer“ (5 Akte) und ein Lustspiel.

Lichtspiele & Silberpappel

Krystall-Palast
Ab **30. Juli bis 5. August:**
Elite-Doppelprogramm
9 Akte **9 Akte**
Die Abenteuer der Marquise v. Königsmark
Sensations-Abenteuer in 5 hervorragenden Akten.
Sensationell! Spannend!
Außerdem:
Die Cowboy-Braut
Wildwest-Groteske in 4 tollen Akten.
Täglich nachmittags:
Kinder- u. Jugendvorstellung

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. August.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung.

Donnerstag, den 5. August, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Sitzung der Parteileitung. Wichtiges und vollständiges Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Der Bezirksvorstand.

Alt-Leipzig, Bezirk Westen 1. Donnerstag, den 5. August, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Donath, Promenadenstraße 31.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Mittwoch, den 4. August, abends 7 Uhr, im Restaurant „Goldner Ring“, Glockenstr. 4, wichtige Funktionärsitzung.

Ortsvereine L. Pöhlitz und L. Böhlitz. Donnerstag, den 5. August, abends 8 Uhr, treffen sich die Genossen, die sich am 8. August an der Arbeit beteiligen wollen, im Stern.

Holzhausen-Zuckelhäuser. Dienstagabend, 1/2 9 Uhr, Funktionärsitzung bei Mühlner. Wichtiges Erscheinen erforderlich.

Ortsklub Modau. Mittwoch, den 4. August, abends 1/2 8 Uhr, Treffen im Uhlig's Restaurant, Neu-Modau. Anmeldungen werden dort noch entgegengenommen.

Mitwirkende am Spartakus-Auffstand.

Wir bitten die Genossen, die ihre Garderobe gestern abend, da sie keine Zivilkleidung da hatten, nicht abgegeben haben, sie sofort an das Arbeiter-Bildungs-Institut abzuliefern, da sie dringend zu einer anderen Aufführung gebraucht wird. Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.

Gewerkschaftsvorstände und Schlichtungsausschüßmitglieder. Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus.

Gruppe Nr. 3 (Textil- und Bekleidungs-Industrie). Am 4. August, abends 1/2 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Gewerkschaftsrat Taucha. Mittwoch Kartellsitzung. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die ihre Kinder noch nicht zum Gewerkschaftsfest angemeldet haben, müssen dies beim Genossen Albin Franke tun.

Die kommunale Krüppelfürsorge.

In Preußen ist jetzt ein Gesetz zustande gekommen, das den Land- und Stadtkreisen die Krüppelfürsorge zuweist. Einige sozial weitsehendere Städte haben bisher schon die Krüppelfürsorge in den Kreis ihrer sozialen Aufgaben einbezogen. Doch darauf kommt es an, daß die Fürsorge praktisch in der richtigen Weise ausgeübt wird. Das namentliche Verzeichnis der Krüppel und die Befragung der Lehrer, Ärzte und dergleichen bei Unterlassung der Anzeige von Krüppelfällen, wie sie das preussische Gesetz vorsieht, nützt nicht viel, wenn die Fürsorge selber nicht dem modernen Stande der Erkenntnis entspricht. Die orthopädische Fürsorge, wie sie bisher meist betrieben wurde, ist ungenügend. Im allgemeinen nehmen alle Kinder dieser Art an ein und demselben Turnunterricht teil, der von Lehrern, die allerdings besonders ausgebildet sind, erteilt wird. Nur in vier deutschen Städten wird der orthopädische Turnunterricht von Ärzten erteilt. Der Turnunterricht durch Lehrer genügt nur bei leichtsten Fehlstellungen. Bei wirklichen Rückgratverkrümmungen hat der Facharzt den Unterricht zu erteilen. Leider hat bis jetzt nur Charlottenburg einen besonderen orthopädischen Schularzt. Für den größeren Teil der Krüppel ist der Schulunterricht ja möglich. Doch finden sich viele Krüppel, besonders in den großen Städten, die die Schule nicht besuchen können. Statt unserer heutigen Hilfsmittel sollte man das Beispiel Londons nachahmen, wo diese armen Kinder täglich mit besonderen Wagen zum Schulunterricht gebracht werden. Von der größten Bedeutung ist die vorbeugende Behandlung. Schon seit Jahren tritt Dr. Blende, ein Vorkämpfer auf diesem Gebiete, für die Schaffung von Sonderkursen für Rückenbeschädigte ein. Diese vorbeugende Krüppelfürsorge ist vor allem ein wichtiges Stück der Kleinkinderfürsorge. Und sie ist um so bedeutungsvoller, als ein wesentlicher Teil der Erkrankungen bei rechtzeitiger Behandlung geheilt werden kann. Besonders zahlreich sind die Verkrüppelungen durch Knochen- und Gelenk-tuberkulose. Sie stellen stets etwa den 5. Teil aller Verkrüppelungen dar und werden durch die elenden Kriegsleiden noch gehäufiger sein. Und gerade diese Leiden brauchen bei rechtzeitiger Behandlung nicht zur Verkrüppelung zu führen. Darum ist die rechtzeitige Behandlung von der größten Wichtigkeit, das heißt, das Herausuchen der gefährdeten Säuglinge und Kleinkinder.

Leider besteht zunächst wenig Aussicht, daß die sozialen Aufgaben der Gemeinden den unglücklichen Krüppeln gegenüber in nächster Zeit erfüllt werden. Denn die Gemeinden haben kein Geld. Bekanntlich erklärt der Rat der Stadt Leipzig, er habe nicht einmal die Mittel, die Kinderkrippen im bisherigen — doch völlig unzulänglichem — Umfang aufrechtzuerhalten, wie er auch nicht die Mittel habe, die Schulzahnklinik im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten, geschweige denn zu erweitern. Rückwärts, kultureller Abstieg ist die Lösung, soweit es sich um die kulturelle Anteilnahme der Ärmsten des Volkes handelt.

Weitliga der Kriegsoffer und politische Neutralität.

Der internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen hatte für Montagabend eine öffentliche Versammlung einberufen, in der der Bundesvorsitzende, Genosse Karl Tiedt, Berlin, über das obenstehende Thema referierte. Er knüpfte an die Tagung der Internationalen Konferenz der Kriegsoffer in Genf an, auf der Engländer, Franzosen, Italiener und Deutsche vertreten waren; die österreichischen und russischen Vertreter waren die Einreiseerlaubnis verweigert worden. Die Weitliga hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Kriegsoffer der ganzen Erde zusammenzufassen und Muttergesetze zu schaffen, die eine einheitliche gleiche Versorgung, ohne Rücksicht auf Rang und Stand, gewährleisten. Wie notwendig ein Muttergesetz ist, zeigte der Redner an den Bestimmungen des neuen Reichsverordnungsmaßgebendes, das die gegebenen Versprechungen keineswegs erfüllt. Danach werden die Versorgungsberechtigten in drei Klassen eingeteilt, die Hinterbliebenen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Toten unterteilt, und bei den Beschädigten wird die Lebensstellung berücksichtigt. Die Inhaber großer Betriebe, die Grundbesitzer, die Offizierswitwen werden die obere Klasse mit den höchsten Sätzen ausfüllen; die Arbeiter werden nach der niedrigen Klasse abgepreist. Bei der Festsetzung des Grades der Beschädigung sind 50 Prozent als Höchstmaß angenommen. Danach läßt sich erweisen, daß die Abstufungen bei anatomischen Beschädigungen immer geringfügiger werden. Die Kriegserwitwe soll eine Abfindung nur erhalten, wenn sie einen deutschen Mann heiratet; auch die Oesterreicher und Staatenlosen sind ausgeschlossen. Eine Kriegserwitwe, die einem Kriegsbeschädigten die Hand reicht, kann nach den Bestimmungen um jede Unterstützung gebracht werden. Alle Versuche um Besserstellung der Kriegsoffer wurden bei den Verhandlungen im geheimen Aussehen mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Reiches abgewiesen. Zu gleicher Zeit wurden aber die größten Anstrengungen gemacht, um die Reichswehr in voller Stärke zu erhalten, die die Arbeitslosen und Kriegsopfer in Schach halten soll. Das Reichsverordnungsmaßgebendes bietet den besten Anschauungsunterricht dafür, daß die Kriegsoffer von den bürgerlich-kapitalistischen Parteien nichts zu erhoffen haben. Darüber war man sich auf der internationalen Konferenz auch völlig einig. Aber in Deutschland haben außer dem Offiziers- und Anführerbund auch der Reichsbund und der Zentralverband der Kriegsbeschädigten dem Verordnungsmaßgebendes ihre Zustimmung gegeben. Dem Gedanken, daß die Entente ihren Einspruch gegen eine Besserstellung der Kriegsoffer erheben könnte, wurde von der Konferenz entgegengetreten. Nicht die Kriegsoffer, sondern die Kriegsgewinnler müssen herangezogen werden, die Schäden des Krieges zu decken.

Die internationale Konferenz will aber auch künftige Kriege verhüten und bekämpft deren Ursache, die kapitalistische Wirtschaftsweise. Es dürfen Unterschiede zwischen Angriff- und Verteidigungskrieg nicht mehr gemacht werden. Die kriegsfeindliche Propaganda muß auch unter die Frauen und Kinder getragen werden. Bei einer Mobilmachung soll in enger Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien der Generalstreik herbeigeführt, die Macht in die Hände des Volkes gegeben werden. Diese Weitliga zeugen von dem sozialistischen Grundcharakter der Weitliga der Kriegsoffer. Unter-Wahrung politischer Neutralität können diese Ziele niemals erreicht werden. Die Bewegung der Kriegsoffer soll nicht einer einzelnen Partei dienstbar gemacht, aber die Organisationen müssen auf sozialistischer Grundanschauung aufgebaut werden. Darum müssen die proletarischen Kriegsoffer heraus aus den bürgerlichen und neutralen Organisationen, denn die Zeit des Hin- und Herchwankens ist vorbei. Neben der Massenaktion gegen den Krieg soll auch die Einzelaktion angewandt werden. Jeder muß sich in diesem Sinne Karl Liebknecht zum Vorbild nehmen, der seiner Frau schrieb: „Alles kann ich, nur nicht morden!“ Nur die Proletarier können der Welt den Frieden geben.

In der lebhaften Aussprache versuchte ein Vertreter des Einzelverbandes, die Notwendigkeit der Neutralität unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu beweisen. Ein Mitglied vom Reichsbund der Kriegsteilnehmer stimmte den Ausführungen des Referenten im vollen Umfange zu, aber man dürfe nicht neue Organisationen gründen, sondern müsse innerhalb der bestehenden Organisationen für die Durchsührung der politischen Ziele wirken. — In seinem Schlusswort betonte der Referent, daß er es nicht leichtem Herzens der Gründung des Internationalen Bundes zustimmt habe. Aber wenn man innerhalb der Organisationen nichts ausrichten kann, bleibt kein anderer Weg, als eine klarere Organisation zu schaffen. Die Forderungen und Ziele der proletarischen Kriegsoffer lassen sich nur im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien durchsetzen.

Lehnt die Werkskonjunkturvereine ab!

Gegenwärtig reichen sich einmal wieder die unter dem Sammelnamen „Gelebte“ bekannten Arbeitervereinigungen und die mit Hilfe seelenverwandter Unternehmer gegründeten pseudo-gewerkschaftlichen Unternehmungen die Hand, um die Existenzfähigkeit der gewerkschaftlichen wie der genossenschaftlichen Bewegung zu durchkreuzen. Die Unternehmer dieser Art schlagen folgenden Weg ein: Sie lassen sich die Beschaffung von notwendigen Zahlungsmitteln, möglichst außerhalb der allgemeinen Rationalisierung, angelegen sein, die zu möglichst niedrigen Preisen an die Beschäftigten der einzelnen Betriebe abgegeben werden. Mandy-Unternehmungen lassen es sich anneheliche Summen aus ihren Kriegs- und Konjunkturgewinnen lösen, um auf diese Weise die Zufriedenheit ihrer Arbeiterschaft zu erkaufen. Man will die Arbeiter durch Schaffung sogenannter Wohlfahrtsvereinigungen in der Form von Werkskonjunkturvereinen an die Betriebe fesseln, sie den täglich an Bedeutung und Leistungsfähigkeit zunehmenden allgemeinen Verbrauchsgewerkschaften entziehen und diese dadurch schwächen. Diese Absicht wird planmäßig gefördert sowohl von zahlreichen Unternehmerrationalisatoren als auch vom „Berein zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands“. Auf Betreiben des letzteren und namentlich seines rührigen Vorsitzenden, des Pastors Richter aus Königswalde (Erzgebirge), ist zu diesem Zweck eine eigene Großeinkaufsgesellschaft, die „Gemeinnützige Großeinkaufsgesellschaft Deutschlands, A.-G.“, Hamburg, errichtet worden, deren Aktienkapital bis vor kurzem zwei Millionen Mark betrug, neuerdings aber verdoppelt worden ist. Aktionäre sind zahlreiche Unternehmer und Unternehmerverbände sowie Herr Pastor Richter (Königswalde), der zugleich den Vorsitz im Aufsichtsrat innehat. Diese Gesellschaft, hinter deren gemeinnützigen Firma sich die sehr eigennützige Absicht ihrer Gründer verbirgt, soll nach dem Vorbild der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in b. S., Hamburg, dem eigenen Unternehmen der deutschen Konsumvereine, den zentralisierten Einkauf der Lebensmittel für die einzelnen Werkskonjunkturvereine besorgen und ihnen durch organische Zusammenfassung eine gemeinsame feste Grundlage geben. — Es wird hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft sich über diese Zusammenhänge klarheit verschafft. Auch abgesehen von dem „wirtschaftsfriedlichen“ Ziel und abgesehen von der früher so klar erkannten Plage, die mit derartigen „Wohlfahrtsvereinigungen“ verbunden ist, sollte grundsätzlich jede Beteiligung an derartigen Werkskonjunkturvereinen abgelehnt werden. Auf diese Pläne darf es nur eine Antwort geben: Sine in die Arbeiterkonsumvereine!

Der Zirkus Sarrafian hat die Einrichtungen seines Vorführungsraumes erweitert und ein Zelt erworben, das am Montag aufgestellt worden ist, so daß am Abend die Vorstellungen gegen Wind und Wetter geschützt sind. Da die Abertalle für Zirkusgastspiele nicht mehr zur Verfügung gestellt wird, plant der Direktor Stosch-Sarrafian auf dem Wehplatz ein festes Zirkusgebäude zu errichten. Wie die Zirkusdirektion mitteilt, hat sie einen in Thüringen fertiggestellten Zirkus erworben, der für Holland bestimmt war. Daraus brauchen die Kaufstoffe nicht anderen Zwecken entzogen zu werden. Der Wanderbetrieb wie in Friedenszeiten sei in Deutschland nicht mehr durchzuführen. Das großzügige Unternehmen wäre gezwungen, nach dem Ausland zu gehen, wenn es sich nicht feste Arbeitsstätten schaffen könnte, deren Mittelpunkt Leipzig werden sollte. Wenn statt der Wagen, Stallungen, Zeltanlagen und Fassaden nur die Inszenierungen und Tiere von Stadt zu Stadt zu transportieren wären, würde der Zirkus in der Lage sein, die Zirkuskunst in Deutschland weiter zu pflegen und auf der anerkannten Höhe zu halten. Für ihren Plan führt die Direktion auch die finanziellen Vorteile ins Feld, die die Stadt durch die Luftverkehrssteuer hat. In den ersten Wochen des Gastspiels seien 27 000 Mk. Steuern an die Stadt Leipzig abgeführt worden.

Am Mittwoch veranstaltet der Zirkus außer der Abendvorstellung noch eine Nachmittagsvorstellung, bei der Kinder nur halbe Preise zahlen.

Aufhebung der Vortrefflichkeit für ehemalige militärische Dienststellen, auch Versorgungsbehörden. Infolge Aufhebung der Vortrefflichkeit für die ehemaligen militärischen Dienststellen (auch Versorgungsbehörden) wird darauf hingewiesen, daß sämtliche an diese Stellen gerichteten Poststücken frankiert werden müssen. Bei Nichtbeachtung wird die Annahme verweigert.

Wird das Bier billiger und besser? Am Freitag voriger Woche hat der Verein Leipziger Gastwirte seine Monatsversammlung im Gasthof Stütz abgehalten, in der mitgeteilt wurde, daß der Sächsischer Brauereibund sich bereit erklärt hat, besseres Bier mit 3 bis 4 1/2 Prozent Stammwürze zu liefern, wenn die Gastwirte sich bereit erklären, in ganz Sachsen den Bierpreis auf 1 Mk. für das Glas festzusetzen. Der Brauereibund ist der Ansicht, daß bei besserem und billigerem Bier der Bierumsatz wesentlich gesteigert würde, er will sich auch verpflichten, den Wirten, die den vereinbarten Bierpreis nicht einhalten, kein Bier zu liefern. Viele Gastwirte haben jedoch Bedenken gegen die Herabsetzung des Bierpreises, weil die Betriebskosten zu hoch seien. Aus diesem Grunde hat bisher noch keine Einigung zwischen Gastwirten und Brauereibund erzielt werden können. Die Brauereien wollten schon vom 1. August ab stärkeres Bier brauen.

Im Anthropologischen Garten.

Als ich im dritten Zustand meiner Seelenwanderung angelangt war, nämlich da, wo das Ich sich einem der besetzten oder besetzten Untertanen des Tierreichs anvertraut, fühlte ich mich — frisch wie ich aus der alten Haut hervorgehen war — bei Robert dem Löwen vor. „Mahlzeit!“ rief er behäbig und entlockte freundlich sein prachtvolles Gebiß. Wenn ich Mensch gewesen wäre, was ich Gott sei dank hinter mir hatte, würde ich hocherblich Richard Wagner, Siegfried, 2. Akt, zitiert haben: „Eine herrliche Fische zeigt dir mir das!“ Doch so als bescheldener Anhänger im Umgang mit Tieren, begnügte ich mich mit einer höflichen Verbeugung. „Bitte, treten Sie näher“, sprach Robert. „Sie wollen also Umschau halten nach einer Ihnen konvenierenden Tierart, in die Sie schlüpfen wollen? Nun, mein Bester, das ist ja nicht so sehr, machen Sie sich erst mal richtig mit unsren Einrichtungen vertraut! Sie bilden erstaunt am sich! Ja, wir leben komfortabel hier, die Wüste ist ein längst überwundener Standpunkt!“ Er lachte bröhnend. „Freilich sind wir hier auch in der Stadt, die Landbevölkerung lebt noch zumeist in Erdhöhlen und dergleichen. Aber hier! Was das für Fenster sind, möchten Sie wissen, mit den Gittern? Ja, sehen Sie, das ist auch so eine Verbesserung der Neuzeit. Wir halten uns nämlich Menschen, in Freiheit dressierte Menschen, teils zum Vergnügen, teils zur Belehrung. Sehen Sie, dort bewegen sich gerade einige schöne Exemplare dieser Gattung. Keim, wie sie abern sind! Wissen Sie, wir lassen ihnen den Schein der Freiheit, wir können sie so viel besser studieren. Und dann, die armen Menschenlein, die von der Natur so vernachlässigt sind — bedenken Sie, kein Fell, kein Gefieder weder Hörner noch Klauen, nicht einmal besondere Kräfte — man muß sie doch tierlich behandeln. Aber frisch sind diese Menschenlein, wie ich Ihnen, frisch! Wir müssen uns vor ihrer Zudringlichkeit durch Gitter schützen. Das Ganze nennen wir unsern „Anthropologischen Garten“, von griechisch Anthropos, der Mensch (er ist sich gern ein wenig bis, der alte Herr) und verbindet mit dem Angenehmen das Nützliche, das Erzieherische. Ja, unsere Jungen! Lebrigens, im Vertrauen gesagt, ich erwarte auch wieder mal Familienzuwachs. Kommen Sie, Bester, ich stelle Sie meiner Frau vor.“ Und er geleitete mich zu einer Löwennähe von tabakosem Wuchs. „Seruus, Seruus!“ rief Robert einigen Menschen zu. Zu mir gewandt, sagte er: „Ja, wir haben einige der intelligentesten und brauchbarsten Menschen, die bildungsunfähig waren und sich an den Umgang mit uns Tieren gewöhnen konnten, als Hausmenschen eingestellt. Sie besorgen unsere Wohnungen, erledigen das Fressen und passen auf die Menschenherden da draußen im Anthropologischen Garten auf, damit sie uns nicht zu nahe treten. Uebrigens, Leonte, sprich er zu seiner Gemahlin, „unre Menschen für alles werden zu familiär mit uns, ich muß ihnen mal etwas die Zähne zeigen.“ — Ich hatte genug von dieser allzu gemüthlichen Hauslichkeit und empfahl mich. Als ich bei Tigers vorbei kam, wurde gerade das Pferdebesessen serviert. Nein, wie sich die Leute umgebildet benommen! Und wie er ihr das Stück aus dem Maul rief! Das muß eine sehr unglückliche Ehe sein. Im Vorbeigehen machte ich Knall den Herren Affen meine Aufwartung, drückte mich aber bald aus dieser hysterischen Gesellschaft, die sich ungeniert vor mir faufte. Recht gemüthlich war es dagegen bei Meister Peh. Ein derber, aber herzhafte Ton herrschte in diesem Hause, und es heimelt einen recht an, wenn die Mutter ihren Alten so im Pelz frunkt. Die Kinder könnten aber besser gezogen sein, sie benehmen sich recht unpassend und sind entschieden rausstüftig. Mit einem kräftigen Hottendruck — o, dieser Hottendruck! — nahm ich Abschied. — Lebhaftes Getöse zog mich an. Was, das weltverweirte Geflücht der Wasservogel. Eine höchst exklusive Gesellschaft das. Etwas flatterhaft, aber geliebt. Künstlervol! Der vergeistigte Expressionist Flamingo tauchte seinen eleganten Schnabel vor mir in die Fut, gackte herablassend einige Rasenlaute und verbarnte im Übergen auf seinem einseitigen, einbeinigen Standpunkte. Ich gab mir weiter keine Mühe mit dem verrückten Huhn (welche Beleidigung für einen Flamingo!), achtete auch nicht sonderlich auf das platifühige Kropfneug, das ihn umschwärmte, sondern machte mich auf die stille Wucht des welfen Marabu. Da stand er, grau lahrtäpzig, tiefsinnig die Halsfedern gestäubt. Mich keines Seelenneuwärm erklärend, krächte er: „Geben Sie sich keine Mühe, mein Herr, keine Mühe, ich bin schon verlesen, mein Herr, schon verlesen, ich habe einen Geheimrat im Leib, mein Herr, Geheimrat im Leib!“ Und er drehte die ehrwürdige Gläse hin und her und schaute tiefinnig drein, er oder vielmehr der Geheimrat in seinem

Leibe. Also auch hier kein Platz für eine oddachlose Wanderseele. Ich war müde von der Sucherei und verweilte ein wenig in der Nacht. Sieh, da liegt der Herr Geheimrat oder eigentlich der Marabu etwas fallen. Ha, wie kürzte sich die Schülerschar ringsum darüber und beschliffelte es. Welch ein Geschmetter und Disputieren! Und dann wandten sie wieder die Hälse nach oben zu dem gefährlichen Marabu, starrten und warteten, daß eine neue Offenbarung des Herren Geheimrat käme. Und sie kam! Wieder das Geschmetter, so laut, daß ich — erwachte, auf einer Bank im Zoologischen Garten. Neben mir am Wasser stand der lahle, graue Marabu und sträubte tiefinnig die Halsfedern. Da erhob ich mich, zog den Hut und verneigte mich dreimal. „Bergehen Sie, Herr Geheimrat,“ sprach ich, „vergehen Sie, daß ich Ihre Wissenschaft bisher für Vogelweis gehalten habe.“ Und verschwand. L a m e n.

Nachmittagskonzert im Zoo. In dem neugegründeten Orchester unter Kapellmeister Lhermet, aus dem das zweite Orchester Leipzigs werden soll, sind Streich-, Holz- und Messinginstrumente gut zusammengestellt, wenn der Streichkörper auch noch etwas schwach ist. Nur muß ein neugegründetes Orchester, das auf gleichmäßiges Spiel und Farbigkeit achtet, sehr fleißig arbeiten, nicht nur daraufhin, daß die Stücke gut gespielt werden, sondern es muß auch auf gleichmäßige Vogenführung, reine Passagen und gute Statkatos wie Pizzikatos bedacht sein. Da muß der Dirigent energisch eingreifen, und die Mitglieder des Orchesters müssen das ernste Bestreben haben, ihrem Dirigenten kräftig mitzuhelfen (nicht etwa bei den Proben ewig auf die Uhr sehen, ob sie nicht über ihre Zeit gespielt haben). Nur wenn das Orchester Ausdauer und Fleiß hat, kann es in Zukunft Gutes leisten und die großen Volkskonzerte geben, die uns fehlen. — Wenn Promenadenkonzerte auch keine Symphoniekonzerte sind, so muß doch dabei auf gute Programmzusammenstellung noch mehr Gewicht gelegt werden. Denn nach der Melodien-Quartette von Mendelssohn solch Zunderwasserzeng von Mascagni (Intermezzo aus der Oper Freund und Feind) zu hören, ist wirklich kein Gewinn. Kapellmeister und Orchester müssen auch Wirkverzeihen sein. Im allgemeinen spielte das Orchester unter seinem begabten Dirigenten sehr gut, besonders Moszkowsky und Plotow mit dem

Eine merkwürdige Reformwirtschaft scheint im Auguste-Schmidt-Haus zu herrschen. Kürzlich besuchte ein Ortsverein unserer Partei mit den Kindern seiner Mitglieder das Puppen-theater Papa Kleinerts. Für die Kinder sollte zur Erfrischung eine Limonade bereitet werden. Zu diesem Zwecke entnahm ein Ordner der Wasserleitung das erforderliche Wasser. Plötzlich kam aber die Wirtin der Reformwirtschaft und schüttete das Wasser unvermutet aus, wobei sie erklärte, sie habe hier den alleinigen Ausschank und müsse auch Steuern dafür bezahlen. Zum Überflus ließ die Frau auch sämtliche dem Publikum zugänglichen Wasserhähne abstellen. Die Frau erreichte aber ihren Zweck nicht, denn das Wasser wurde nun vom Radensteinplatz geholt, so daß die Limonade trotzdem hergestellt werden konnte. Das Gebaren der Wirtin einer „Reformwirtschaft“ ist recht bezeichnend, vielleicht prillt einmal der Vorstand des Auguste-Schmidt-Hauses, ob es in der Reformwirtschaft nicht einiges zu reformieren gibt.

Fahrplanveränderungen der Elektrischen. Am den Fahrplänen der acht über Pfanddortstraße umgelassen Linien 10, 18 und 20, die von Norden kommen und mit der Linie 8 nach Schleißhau weiterfahren wollen, eine Umkehrmöglichkeit am Alten Theater zu bieten, wird während der Dauer der Umleitung der drei Linien eine Haltestelle an der Vorkingstraße eingerichtet.

Vom 1. August an ist ein Teil der Wagen der Linie 18 nach dem Bahnhof Connewitz in der Zwenkauer Straße abgeführt worden und damit der Anrechnung aus den Krellen der Fahrpläne folgend, eine Betriebsverlängerung sowohl wie auch eine zeitliche Aufnahme des Betriebes möglich geworden. Seit einigen Tagen fährt der letzte Wagen durch die Bayersche, Kronprinz-, Süd- und Bornastraße an den Werktagen 11.45 abends und an Sonn- und Wochenfeiertagen 11.52 abends vom Hauptbahnhof ab. Der erste aus der Südstraße kommende Wagen der Linie 18 fährt an Werktagen 5.17 vormittags und an Sonn- und Wochenfeiertagen 5.25 vormittags ab Kronprinzstraße nach Eutritzsch (Krankenhaus St. Georg).

Ausgabe des Auslandschweinefleisches an Erwerbslose. Die Ausgabe des Auslandschweinefleisches an die mit Ausweisen versehenen Erwerbslosen beginnt am Montag dem 9. August, auf dem städtischen Schlachthofe, Schanau II, Nähe Scharnhorststraße. Die tägliche Fleischausgabe erstreckt sich auf 400 fortlaufende Ausweisnummern. Demnach werden am ersten Ausgabestage (8. August) zunächst die Inhaber der Ausweise mit den fortlaufenden Nummern 1-400 beliefert, und zwar in folgender Weise: vom 9-10 Uhr Nr. 1-100, 10-11 Uhr Nr. 101-200, 11-12 Uhr Nr. 201-300, 12-1 Uhr Nr. 301-400. Die Belieferung der höheren Nummern geht vom nächsten Tage ab in vorgenannter Weise weiter, so daß am Dienstag die Nummern 401-800, am Mittwoch die Nummern 801-1200 usw. an der Reihe sind. Am Freitag wird durch rechtzeitige Anschläge an den Zahlstellen (Gerberstraße 3) und in den städtischen Arbeitsnachweise auf die an jedem einzelnen Tage fälligen Nummern noch besonders hingewiesen werden. Der Preis für 1 Pfund Fleisch beträgt etwa 5.50 Mk. Die Fleischentnehmer haben Einweiselapier mitzubringen.

Kinderfest im Lunapark. Im Lunapark findet am Mittwoch ein humoristisches Kinderfest statt, das „Im Krabbelbassin“ betitelt ist.

Turnschuhe verloren. Am Sonntag sind auf dem Sportplatz ein Paar Turnschuhe verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, die Schuhe im Gewerkschaftslokale abzugeben.

Lebensmittelkatalog für Mittwoch, den 4. August.

Für Haushaltungen.
Anmeldung. Nahrungsmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Letzter Tag — abzugeben II 3, M 3, N 3, Z 3 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.
Nahrungsmittel für Schwangere: Letzter Tag — abzugeben SN 3 der Sonder-Lebensmittelkarte für Schwangere usw.
Ausgabe. Kohlenkarten für Untermieter: Ausgabe im Kohlenamt Gerberstraße 3, I, Buchstaben C-D des Vermieters.
Auslandsfleisch: bestellt mit Fleischmarken Z (180 bezw. 90 Gramm).
Auslandschweinefleisch für Schwerekriegsbeschädigte: Ausgabe Lindenau, Quodstraße 2, nachm. 3-5 Uhr (1 Pfund).
Zucker für Schank- und Speisewirtschaften: Entnahme Peterssteinweg 18, Nr. 1-900 der Personalausweiskarte.
Für Händler.
Kartoffeln: Bezugseinnahme.
Teigwaren, Haferflocken, Erbsen: Markenabgabe an den Obmann.

Polizeinachtichten.

Für Radfahrer! Seitdem die meisten Besitzer eines Fahrrades in der Lage sind, sich wieder Gummibereifung für ihre so lange entbehrten Fahrräder zu kaufen, merkt man, daß der Fahrradverkehr mit Fahrrädern auf den Straßen von Tag zu Tag zunimmt. Naturgemäß mehren sich auch die Diebstähle von Rädern. Bei den zahlreichen Diebstahlsanzeigen, die deshalb auch im Wochenbeginn sind — es vergeht fast kein Tag, an dem nicht Anzeigen über gestohlene Fahrräder eingehen —, ist bei der Kriminalpolizei beobachtet worden, daß die wenigsten der Bestohlenen in der Lage sind, ihr Rad so zu beschreiben, daß im Falle des Auffindens ein Dritter die Identität feststellen kann. Jeder Eigen-

schönen Cellomatin (Hans Köppl) waren in der Auffassung und Durcharbeitung vorzüglich. Direktor Dr. Gebbing hat mit dem Orchester einen guten Griff getan, und es wäre ein weiteres gutes Gelingen zum musikalischen Segen Leipzigs zu wünschen. L.

Kleine Chronik.

Leipziger Volksbühne. Als vorletzte Neucinstudierung und gleichzeitig letzte Gastspiel in diesem Sommer wird zur Zeit „Die drei Hühner“, Komödie mit Gesang in 3 Akten von H. Wilson und O. Jullius, Musik von Gustav Michaelis, vorbereitet. Der eigens für dieses Stück engagierte Komiker Max Sandhagen vom Stadttheater in Kiel leitet das Werk in Szene und wird in den Aufführungen den Bädermeister Kux spielen. In den übrigen Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Brasel, Hauff, Schöber, Marg. Schmidt, Dupont, Fr. Bachmann und die Herren Leichmann, Faulstich, von Helig, Walden, Friedrich, Proft und Carth. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Kapellmeisters, Fritz Schröder. Die Erstaufführung findet am Montag, dem 9. August, statt. — Wie bereits bekanntgegeben, gibt die Leipziger Volksbühne für die nächste Spielzeit, deren Beginn für den 1. Oktober angesetzt ist, Anteilsscheine zu 400, 300, 200 und 100 Mk. aus, womit jeder Anteilseinerhaber sich ein Anrecht auf einen festen Platz im Theater je nach Maßgabe seines Anteilsscheines zu ganz bedeutend ermäßigtem Preis sichern kann, und zwar für 12 Vorstellungen im Jahr, somit monatlich je eine Vorstellung.

Theater in der Osterstraße. In Abänderung des Wochenplans findet die Eröffnungsvorstellung des Berliner Residenz-Theater-Gastspiels erst am Sonnabend statt. Zur Aufführung gelangt erstmalig „Eichen Hünen und ein Sittenschauspiel in 5 Akten nach H. Wagner. Der Vorverkauf ist an der Theaterkasse und bei Politz.

Pappa Kleiner's Puppenspiele. Jeden Nachmittag, außer Sonnabend, „Der schwarze Wolf“. Sonntag, abends 7 Uhr, Erstaufführung des Märchenstücks „Hansels und Gretel“.

Leipziger Puppenspiele, Mehlpfad. Spielplan vom 3. bis 8. August: Täglich 4 Uhr: Die drei Hühnermännchen (Märchen); 8 Uhr: Das Müller'sche. In jeder Vorstellung: Theatermunde, Die Schlacht bei Jena. — Heute Dienstag, 8 Uhr, findet ein Ehrenabend für die Künstlerfamilie Winkler statt.

Sozialistischer Rede- und Lesabend. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Brauhaus 17, Diskussion über das Thema „Gesellschaft und Individuum“.

fürmer eines Fahrrades sollte sich, genau so, wie man es bei seiner Taschenuhr machen soll, die Nummer aufschreiben; man findet sie an irgendeiner Stelle am Rahmen eingeschlagen, dann die Fabrikmarke, ferner die Ausstattung des Rades, z. B. die Marke der Freilaufnabe, Art des Sattels usw. Es kommt sehr häufig vor, daß an gestohlenen und später der Polizei in die Hände gelangten Fahrrädern Änderungen vorgenommen worden sind; während die Fabriknummer nicht so leicht zu entfernen ist. — Diese Notiz gibt Anlaß, die Radfahrer auf die für sie geltenden polizeilichen Bestimmungen hinzuweisen, nach denen z. B. jeder Radfahrer wie auch jedes Geschirr die rechte Straßenseite zu befahren hat und dann, andere Geschirre oder Bastanten links zu überholen und entgegenkommenden rechts auszuweichen hat. Jedem kann man beobachten, daß diese wichtige Bestimmung, durch die viele Unfälle vermieden werden könnten, sehr selten eingehalten wird. Viel Unheil wird auch angerichtet durch das rücksichtslose zu schnelle Fahren und die Nichtabgabe der vorgeschriebenen Glockenzeichen. Eigentlich müßten die Radfahrer von sich aus mehr Rücksicht auf das andere Publikum nehmen und dasselbe nicht durch solche Willkür gefährden und belästigen.

Weil das aber leider nicht der Fall ist, sind die ausrichtführenden Polizeibeamten erneut zu strengstem Einschreiten gegen diese Auswüchse des Radfahrverkehrs angewiesen worden.

Warnung vor Einmietdiebstahl! In letzter Zeit mehren sich wieder die Diebstähle, die von Leuten ausgeführt werden, die sich lediglich schlenshalber einmieten. Die Verübung derartiger Diebstähle wird diesen gefährlichen Menschen oft noch dadurch erleichtert, daß die betreffenden Vermieter nicht für die sofortige polizeiliche Anmeldung sorgen. In den weitaus meisten Fällen, bei denen sich die neuen Untermieter um die Anmeldung zu brüden suchen, handelt es sich erfahrungsgemäß stets um zweifelhafte Personen. Man sollte deshalb fremde Personen, die beim Mieten eines Zimmers keine genügenden Ausweispassiere vorlegen können oder wollen, besser nicht in seine Wohnung aufnehmen. Man lasse sich niemals bereben, die polizeiliche Anmeldung zu verschleißen oder gar zu unterlassen. Die größte Sicherheit, sich einigermaßen vor Schäden zu bewahren, bietet nur die sofortige Anmeldung unter Vorlegung gültiger Ausweise bei der Polizei. Am 26. d. M. ist auf die angegebene Weise eine Sattlersechse in der Reußcher Straße durch einen 35jährigen, schwächlichen Menschen mit kurzgeschneittenem Schnurrbart, langem, nach hinten gekämmtem Kopfschmuck und ihre ganze Wäsche im Werte von etwa 6000 Mk., worunter sich ein G. R. gezeichnetes, großes, weißleinenes Tisch Tuch und 6 weiße Mundtücher, M. G. gezeichnet, befanden, bestohlen worden.

Kund einer Kindesleiche. Am Abend des 29. d. M. wurde in der Marktstraße hinter der Tür des Einganges Nr. 7 (in der Brüderstraße neben der Sparkasse) der Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden. Der Leichnam war zunächst in weißes Einschlagpapier, wie es in Geschäften Verwendung findet, dann in ein Stück verpacktes und zerfälliges Gardine gewickelt und in einem grauen Papierstoffpack verpackt. Der Sack ist 38 x 43 Zentimeter groß, an beiden Längsseiten mit schwarzem Zwirn genäht und an der Öffnung mit einem Henkel aus weißem Bande versehen. Ob das Kind eines gewaltsamen Todes gestorben ist, wird die gerichtsarztliche Obduktion ergeben. Wer über die Mutter des Kindes Angaben machen kann, wolle dies recht bald bei der Kriminalabteilung tun.

Warnung an Geschäftsbote! Vor einigen Tagen haben zwei 25jährige Männer zwei Schulknaben, die für ein Geschäft Waren ausführen und Rechnungen kassieren, um eine lederne Umhängetasche mit 1035 Mark und Geschäftspapieren bestohlen. Einer der Männer veranlaßte sie, mit nach seiner angebotenen Wohnung zu gehen und übergab ihnen für einen zu leistenden Dienst 20 Mark. Der zweite der Männer blieb bei dem Wagen zurück, auf dem eine Kiste mit der oben bezeichneten Tasche stand. Als sie nun vor einer Saatkist angekommen waren, ging der Mann wieder zur Treppe hinunter mit der Angabe, er wolle seine Schlüssel holen, die er verpackt habe und hier die Knaben warten. Anstatt aber wiederzukommen, war er wie kein Komplize unter Mitnahme der Tasche mit dem Gelde verflüchtigt.

In unsauberer Gesellschaft! Eine Frauensperson, etwa 1.68 m groß, 28 bis 29 Jahre alt, blond und bekleidet mit dunkelblauer Bluse, kariertem Rock, ohne Kopfbedeckung, hat am 29. d. M., nachmittags in einem hiesigen Geschäftsmann, mit dem sie einige Bierbeize, Weinlokale aufgesucht hatte, ein Portemonnaie mit 300 Mk., einen Trauring und 8 Pfund Brotmarken gestohlen. Angaben über die Verlon der Täterin erbittet schnellstens die Kriminalabteilung.

Diebstähle in Wäschhäusern werden fast täglich bei der Kriminalpolizei angezeigt. So haben in der Emil-Schubert-Straße Diebe ein Wäschhaus erbrochen und daraus Leib- und Kinderwäsche, die M. H., K. H. bes., H. und G. H. gestohlen ist, sowie weiße Unterröcke und Unterhosen gestohlen.

2 Pferde und ein Jagdwagen aus der früheren Manufaktur erhalten. 2000 Mark Belohnung! Wie aus einer amtlichen Bekanntmachung in dieser Nummer ersichtlich, sind aus dem Krankenfall der früheren Manufaktur 2 Pferde und ein schwarzlackierter Jagdwagen gestohlen worden.

Sächsische Angelegenheiten.

Konferenz der Ernährungs- und Lebensmittelausschüsse Sachsens.

Am Sonntag wurde in Dresden eine Konferenz der Ernährungs- und Lebensmittelausschüsse für Lebensmittelversorgung in den Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen abgehalten, zu der auch das Landespreisausschüsse einen Vertreter entsandte hatte. Eingeladen waren auch Vertreter der Kreishauptmannschaften Leipzig, Chemnitz und Zwickau.

Zur Erledigung stand folgende Tagesordnung:
1. Aussprache über Senkung der Preise für Lebensmittel und andre Bedarfsartikel.
2. Beschlußfassung über die einzuleitenden Maßnahmen.
3. Aussprache mit den Vertretern des Wirtschaftsministeriums.

4. Beratung über die danach nötig erscheinenden Maßnahmen.
Der Vorsitzende, Stadtk. Rößch-Dresden (USP.) betonte in seinem Referat, daß die Lebensmittelausschüsse umgestaltet werden, wenn es nicht noch rechtzeitig sei, an deren Stelle etwas anderes, Besseres, zu schaffen. Das Vertrauen zu diesen Ausschüssen sei wegen deren Zusammensetzung in der Bevölkerung nicht sehr groß. Auch die Kämpfe zwischen den Mitgliedern der Ausschüsse seien zum Trost der Kommunalverbände ausgefallen. Das sächsische Wirtschaftsministerium habe die Absicht, die Kommunalverbände zu einer Aussprache einzuladen. Er halte es für selbstverständlich, daß nicht bloß die Amtshauptleute und Regierungsverträte hinzugezogen werden, sondern auch Verbrauchervertreter. Weiter legte er dagegen Verwahrung ein, daß sich die Bürgermeister und Gemeindevorstände bei ihren Zusammenkünften immer als Vertreter der Bevölkerung ihrer Gemeinden auspräsen. Die wilden Lebensmittel Demonstrationen müßten in geordnete Bahnen gelenkt werden, damit ein Erfolg dabei herauspringt; denn es läme darauf an, eine dauernde Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen. Es gebe hier zwei Wege. Einmal können Reichsmaßnahmen in Betracht, soweit es sich um Brot, Getreide, Fleisch und eventuell noch Kartoffeln handle; dann aber gebe es eine ganze Menge Lebensmittel, die bei erstem Willen der Regierung und der Behörden sofort im Preise herabgesetzt werden könnten, wie z. B. bei Obst und Frischgemüse. Die Lebensmittel Demonstrationen würden ein Unfinn sein, wenn nicht in ganz kurzer Zeit eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel erreicht würde. Das, was man jetzt in Deutschland erleben, sei ein Standa. Durch die Frühlingsprämie würde dem deutschen Volke das Brot um 1750 Millionen Mark verteuert. Notwendig sei ein ganz ungeheurer Abbau der Lebensmittelpreise. Das Fleisch sei innerhalb Jahresfrist um 500 Prozent im Preise gestiegen. Daß die Kartoffeln unter 30 Mk. für den Zentner zu

haben seien, ist ausgeschlossen, denn die Landwirte seien bekanntlich keine Idealisten, sondern zum großen Teil Vucherer der schlimmsten Sorte. Der Kleinverkaufspreis sei innerhalb weniger Jahre von 58 Wfg. auf 2 Mk. pro Liter gestiegen. Durch künstliche Zurückhaltung und gewisse bedenkliche Maßnahmen der Landwirte würden diese erreichen, daß es in Kürze abermals zu einer Preissteigerung komme. Hiergegen gelte es, entschledenen Protest zu erheben. Auch bei Hülsenfrüchten drohe eine Preissteigerung. Es müsse hier ebenfalls vorbeugend eingegriffen werden. Zu beschließen sei es weiter, daß nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise für Margarine und Fett wieder anzulegen werden. Die Preise für Obst und Frischgemüse könnten unter Mitwirkung der Regierung sofort herabgesetzt werden. Die zuständigen Instanzen hätten gegen den Vucherer bisher bloß Worte, aber keine Taten gefunden; deshalb müßten hier die Arbeitervertreter hahnbrechend wirken. Von Nichtpreisen ver sprach sich der Redner nichts, denn niemand halte sich daran. Zum Schluß seiner Ausführungen machte Rößch folgende Vorschläge:

Erlass eines Ausfuhrverbots für Obst und Frischgemüse seitens der sächsischen Regierung. Die Betriebsräte der Eisenbahnen dürften nur solche Waren durchlassen, die durch die Ortsauschüsse als ausfuhrberechtigt bescheinigt sind. Weiter empfahl er die Schaffung einer neuen Organisation unter Ausschluß aller bürgerlichen Elemente, Einsetzung besonderer Kommissionen in den einzelnen Amtshauptmannschaften, die wieder von sich aus eine Unterkommission zu wählen hätten, deren Aufgabe es hauptsächlich sei, sich über die Preise in den verschiedenen Städten und Kommunalverbänden zu informieren. Außerdem trat der Redner für schnelle Errichtung einer Verbraucherkommission ein.

Dem Referat schloß sich eine mehrstündige Debatte an. Flebner-Freiberg trat für die von der Freiburger Arbeiterschaft aufgestellten Richtlinien ein. Kreishe-Radeberg forderte einen Einheitsbrotpreis für alle Kommunalverbände. G. H. C. Gruben bei Scharfenberg machte auf die un sinnige und preisverleuernde Herumtransportierung der Kartoffeln aufmerksam und forderte eine strenge Überwachung der Schrotmühlen. Frau Sonntag-Dresden unterbreitete der Konferenz die bekannten Forderungen der Arbeiterkommission der Ernährungs- und Lebensmittelausschüsse. In der Gemütsstadt Zittau sei das Gemüse teurer als in andern Städten, weil man alles nach auswärtig schaffe.

Seidel-Leipzig hielt es für richtig, daß für ganz Sachsen ein einziger Kommunalverband gebildet werde. Wenn man den Grundbesitz auf den Leib rücken wolle, müsse die Zwangswirtschaft auf den Grund und Boden eingeführt werden. Seidel-Neugersdorf: Wir leben in Zeiten der Zwangswirtschaft. Mit den Kreishauptmannschaften wäre aufzuräumen, der planmäßigen Hege gegen die Kommunalverbände, die von Händler- und Erzeugertreuen ausgehe, müßte aber mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Konsumvereine müßten mehr für die Wirtschaftverbände interessiert werden, damit sie mehr selbst einkaufen. Mit einem Ausfuhrverbot helfe es vorzüglich sein, das Sachsen auf den meisten Gebieten zuzurückzuführen.

Rosch-Broditz hielt es für unbedingt notwendig, daß die Mitglieder der Ernährungsausschüsse Polizeigewalt bekommen. Im andern Falle seien die Ernährungsausschüsse auf dem Lande einfach außerstande, den notleidenden Städten zu helfen. Matthes-Vollschappel wies auf die Macht der Arbeiterschaft hin. Diese müsse nur eben so einig sein wie in den Rapp-Büschtagen. Stenzel-Ebersbach forderte rücksichtsloses Vorgehen gegen die Landwirtschaft, warnte aber vor Einführung der freien Wirtschaft. Ein warnendes Beispiel möge Oesterreich sein. Dort sei bekanntlich die Zwangswirtschaft aufgehoben und alles sei im freien Handel zu haben; aber man frage nur, ob sich die Arbeiterschaft was kaufen kann.

Hänsel-Dresden warnte vor Annahme der Freiburger Richtlinien, da sie viele Widersprüche enthielten. Matthes von Ueberwachungsanschluß bei der Kreishauptmannschaft erklärte, daß der Ueberwachungsanschluß das Schwergewicht seiner Tätigkeit darauf lege, die Lebensmittel dort zu erfassen, wo sie erzeugt werden. Gibt der Landwirt keine Lebensmittel im Schleichhandel ab, dann gibt es eben keinen Schleichhandel mehr. Leider löste der Ueberwachungsanschluß bei Beschlagnahme von Schleichhandelswaren vielfach auch auf Widerstand bei der Arbeiterschaft.

In der Nachmittags Sitzung gab John-Dresden bekannt, daß 118 Genossen und Genossinnen anwesend sind, die 80 Orte vertreten.

Rößch-Dresden teilte darauf die Vorklage mit, die während der Mittagspause von einer achtgliedrigen Kommission ausgearbeitet worden waren:

Der wichtigste Grundlag aller Betätigung der Lebensmittel müßte sein ein planmäßiges Senken der Preise für Lebensmittel und alle sonstigen Bedarfsartikel.

Um eine möglichst baldige Senkung der Preise für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Milchprodukte herbeizuführen, fordern wir von der Landesregierung bzw. dem Wirtschaftsministerium, sofort bei der Reichsregierung in diesem Sinne zu wirken.

Die Preisfestsetzung bei der Reichsregierung für die wichtigsten Konsumartikel hat nur unter Heranziehung von Verbrauchervertretern aus allen Teilen des Reiches zu geschehen.

Eine sofortige Preisentkung muß erfolgen bei Obst, Frischgemüse und daraus hergestellten Erzeugnissen. Dasselbe trifft in besonderem Maße zu bei den Kartoffeln, da die Anbaufläche und das Erntergebnis so günstig sind, daß eine reichliche Versorgung gewährleistet erscheint.

Die Konferenz spricht sich gegen die von den Erzeugern und den Händlern planmäßig hervorgerufene Hege gegen die Zwangswirtschaft aus, erklärt vielmehr, daß nicht Abbau, sondern Ausbau der Zwangswirtschaft für die wichtigsten Lebensmittel notwendig ist.

Das bisher bestehende Prämiensystem für die Landwirtschaft ist sofort zu beseitigen, insbesondere die Fruchtprämie und die Prämie für die Kartoffelablieferung.

Die bestehenden gesetzlichen Strafbestimmungen sind rücksichtslos in Anwendung zu bringen, die Geldstrafen in lange Haft- und Freiheitsstrafen umzuwandeln, und im Wiederholungsfalle ist die Enteignung vorzunehmen.

Um ein planmäßiges Arbeiten der Verbraucherausschüsse zu gewährleisten, werden aus den Ausschüssen Obmänner bestimmt, die in nicht allzulangen Zeiträumen zusammenkommen.

Rößch fügte hinzu: Erfüllt die Regierung nicht unsere Forderungen, so trägt sie die Verantwortung, wenn einmal das Pulverfaß zum Explodieren kommt. Wir fürchten nicht die Explosion, aber wir unterbinden sie auch nicht im Interesse der Erzeuger. Wir rufen die werktätige Bevölkerung auf zum schärfsten Protest gegen die ungerechte Behandlung, aber wir fürchten auch nicht den Kampf gegen die Behörden, wenn es nicht anders sein kann. Bezirkschulinspektor Dr. Wünsch-Böbau brachte noch folgende Zusätze ein:

Die Konferenz richtet an die Gewerkschaften und die politischen Parteien den dringenden Appell, sich zu rufen, diese Forderungen erforderlichenfalls mit denselben Mitteln durchzusetzen, die zur Niederwerfung des Rapp-Büsches in Anwendung kamen.

Der Antragsteller führte bei der Begründung aus, daß wenn alles umsonst sein sollte, die Gewerkschaften unbedingt ihre Macht in die Wagchale werfen müßten. Ein organisiertes Gewerkschaft sei besser, als die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufzufordern.

Ullrich vom Landespreisausschüsse erklärte sich mit den Vorschlägen einverstanden. Die Behörden wären bei allem guten Willen nicht in der Lage, durchzugreifen, weil ihnen die Nachmittagsstunden fehlen. Die kritischen Preisprüfungsstellen liegen das Land

prelsamt vielfach im Etich; das gelte auch zum Teil von den bet...
ersterem tätigen Genossen. Man sollte es aber nicht nur bei der
Gründung und dem Namen der neuen Organisation lassen, sondern
man sollte den Ausschlag aber auch gleich arbeiten lassen. Die
Sauerer geht uns bis oben an. Das Wirtschaftsministerium sei
an die Bestimmungen des Reiches gebunden, halte sich aber viel-
leicht etwas zu streng an sie zum Schaden der Verbraucher. Mit
Kleinigkeiten in der Bekämpfung des Schleichhandels sollte man
sich nicht abgeben. Lassen Sie die Arbeiterfrau, die ein Stück
Butter gehamstert hat, ruhig laufen und greifen Sie dafür den
großen Gauner. Die Möglichkeit dazu wäre gegeben, wenn mit
der lazen Behandlung, die in einzelnen Städten noch anzutreffen
ist, ausgeräumt werde. Mit dieser Laizheit geht es nicht mehr
weiter. Jeder Fall, in dem eine örtliche Preisprüfstelle ver-
sage, werde jetzt in der Presse veröffentlicht werden. So sei es
ein Standa, daß wir in dem Augenblick, wo kein Mehl zum Brot-
backen mehr vorhanden ist, und Dred ins Brot gebacken wird,
überall scharfweiße weiße Semmel in den Gastwirtschaften be-
kommen können. Und was antworten die kompetenten Stellen
dem Landespreisamt: „Ja, wenn wir die weißen Semmel in
Dresden verbieten, haben wir sie in Leipzig! Da ist es schon
besser, wir tun gar nichts.“

Beyer: Klea forderte eine Auffklärung der Massen und be-
zeichnete es als einen Fehler, daß nach der Revolution die
Zwangswirtschaft nicht in eine systematische Planwirtschaft umge-
wandelt worden ist.

Selzge: Großenhain meinte, etwas Positives sei erst zu er-
warten, wenn die Lebensmittelausschlüsse auf eine andre Grund-
lage gestellt werden, die ihnen eine Machtbefugnis gegenüber den
Erzeugern einräumt.

In der weiteren Debatte drohte Mägel: Jittau noch mit
der Selbsthilfe der Verbraucher.

Schließlich wurden die Vetsäge einstimmig angenommen und
im Anschluß daran eine sechsgliedrige Kommission gewählt, die
beim Wirtschaftsministerium vorstellig werden und die weiteren
Schritte unternehmen soll.

Landarbeiterstreik in der Amtshauptmannschaft Meißen.

Meißen, 2. August. In der Amtshauptmannschaft Meißen
sowie in den benachbarten sächsischen Landestellen ist heute ein
Landarbeiterstreik ausgebrochen. Allgemein haben die
Arbeiter heute selbst die Arbeit nicht aufgenommen. Wie ver-
lautet, verlangen die Landarbeiter eine Lohnaufbesserung
um hundert Prozent, während die Arbeitgeber nur 30 Pro-
zent bewilligten. Die Einigungsverhandlungen dauern fort.

Die sächsische Regierung zur Schweineauszucht.

Der Verband Sächsischer Landwirte hatte beim sächsischen
Wirtschaftsministerium angeregt, die Preise für die Schweine, für
die Mastverträge abgeschlossen sind, und die Preise für die frei
zum Verkauf kommenden Schweine einheitlich und gleichmäßig und
natürlich möglichst hoch festzusetzen.

Dies hat das Wirtschaftsministerium mit folgender Begrün-
dung abgelehnt:

„Die Festsetzung eines völlig gleichen Preises ist nicht möglich.
Eine übermäßige Auszucht von Schweinen liegt, so erwünscht sie
an sich im Interesse der Fleischversorgung wäre, wegen der damit
verbundenen Gefahr der Verfallung von Brotgetreide solange
nicht im allgemeinen Interesse, als Mangel an dem für die Er-
nährung der Bevölkerung in erster Linie notwendigen Brot-
getreide herrscht, und ausländische Futtermittel für die Schweine-
zucht wegen der vorhandenen Einuhrschwierigkeiten nicht in ge-
nüglicher Menge zur Verfügung stehen. Der allgemeine Schweine-
preis wird daher von Reich, wo bereits verschiedene hervorge-
hoben worden ist, abschätzend niedrig gehalten, um durch den
Rückgang von Mastverträgen die Schweineauszucht in der Hand zu be-
halten und zu verhindern, daß Schweine in einseitig die Brot-
getreideversorgung gefährdeten Umjange aufgezogen werden. Eine
Schädigung des kleinen Schweinezüchters tritt durch diese Preis-
festsetzung in keiner Weise ein, da er ja wie jeder größere Land-
wirt ohne weiteres in der Lage ist, durch den Abschluß eines Mast-
vertrages den für denartige Mastschweine gezahlten höheren Preis
auch für sich zu erzielen.“

Staatliches Forstgelände zu landwirtschaftlichen Zwecken.

Um Land zur Erzeugung von Lebensmitteln zu bekommen,
beabsichtigt das sächsische Finanzministerium geeignete
kleine Stücke aus dem staatlichen Forstbesitz zu landwirtschaftlichen
oder gärtnerischen Zwecken an geeignete Personen, wie Forst-
bediente und Waldarbeiter, kleine Landwirte und Gartenbesitzer usw.
gegen mäßigen Preis zu verpachten. Pachtgesuche müssen bis
1. September an die Revierverwaltung eingereicht werden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Ein brutaler Mord

Ist der Mühlens- und Gutsbesitzer Robert Diecke in Alben bei
Rötha. Einer Arbeiterin, die er dabei ertrappte, als sie sich
eine Hand voll gemähten Hafers mitnahm beim Nachhauseweg
von ihrem Kleefeld, trat er von dem Handwagen die Deichsel ab,
warf sie zu Boden, kniete auf sie und schlug so sehr auf sie ein, daß
sie über und über mit blutunterlaufenen Stellen bedeckt ist. Die
arme Frau mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und steht
nun erwerbsunfähig krank zu Hause.

Hoffentlich findet sich ein Gericht, das dem Herrn Klar macht,
daß wir nicht mehr in der Zeit der Sklaverei leben. Verstoßt auch
das Vergehen der Frau gegen die bürgerliche Rechtsordnung, so
hat der einzelne Agrarier noch lange kein Recht, eine solch brutale
Rachjustiz zu üben. Außerdem sollten sich die Herren Landwirte
einmal überlegen, ob sie mit ihrer verbrecherischen Preispolitik
nicht selbst die intellektuellen Urheber der von ihnen jetzt so be-
klagten Felddiebstähle sind.

Weiblicher Einbrecher. Am Sonnabend nachmittag wurde in
dem Ost. Engerschen Grundstück in Beucha in dem 3. Jt. unbenutz-
ten Fleischladen die schon längst durch die Polizei eifersicht ge-
suchte Wirtschaftlerin Scholz entdeckt. Nachdem ein Öffnen der
Tür unmöglich war, wurde durch das Fenster Eingang verschafft.

Unter der Ladentafel lag die Einbrecherin buchstäblich eingepreßt
auf kleinem Raum. Der Bestohlene forderte diese aus Tageslicht.
Das Diebesgut, neue Wäsche und ein Peß im Werte von einigen
tausend Mark, sowie 700 Mk. in bar konnten dem Eigentümer
wieder zugeführt werden. Das Geld hatte sie unter der Haar-
frisur geschickt verborgen. Bereits einige Tage hatte sich das
Weibsbild in demselben Grundstück heimlich aufgehalten. Der
Durchbruch durchs Dach war fertig. Freitagabend gelang der Ab-
transport wahrscheinlich nicht, aus diesem Grunde nahm sie wohl
Zusucht zu dem Auffindungsort. Die Täterin war früher bei E
als Wirtschaftlerin tätig und mit den Verhältnissen vertraut. Sie
wurde von der Polizei in Haft genommen. Es dürften ihr noch
mehr Diebstähle am Orte nachgewiesen werden.

Zweinaundorf. Aus dem Gemeinderat. Die Giro-
kasse hat im Monat Juli einen Umsatz von 1243 659 Mk. zu ver-
zeichnen. An Bezirkssteuer hat die Gemeinde 865,486 Mk.
zu bezahlen. Von einer Verfügung, wonach die politischen Ge-
meinden auch weiterhin verpflichtet sind, die Kirchensteuer
mit einzuhellen, wurde Kenntnis genommen. Der Landes-
gruppe Sachsen des deutschen Landgemeinderates soll als
Mitglied beigetreten werden. Der für den Fernsprecher zu
bezahlende einmalige Beitrag von 1000 Mk. soll vom Stammkapital
entnommen werden. Nach einem Bericht des Wohnungs-
ausschusses ist gegenwärtig der größte Teil der Wohnungs-
suchenden durch Schaffung von Wohnungen untergebracht worden.
Ein Nachtrag zum Wasserleitungs-Vertrag mit dem
Rat der Stadt Leipzig bezüglich Instandsetzung der Straßen bei
Einsetzung von Rohren wurde genehmigt. Mit dem Ritterguts-
besitzer soll wegen Einbeziehung des Gutsbezirkes in
einer Sonderprüfung verhandelt werden. Ein Nachtrag zur Ge-
meindesteuerordnung, Forderungsbefreiung betr., wurde in 2. Lesung
angenommen. Die in Aussicht genommene Kartoffel-
versorgung 1920/21 wurde einer scharfen Kritik unterzogen.
Wegen der hohen Preise soll an zuständigen Stelle Protest er-
hoben werden, den Einwohnern soll zur Beschaffung der
Winterkartoffeln gestattet werden, bei der Gemeinde-
kasse monatliche Ratenzahlungen zu leisten.

Zwenkau. Eltern! Laßt Eure Kinder nicht allein im
Wald umherstreifen und vermahnt sie, daß sie sich nicht von
Unbekannten anreden lassen. Im Elchholz treibt sich ein 25 bis
30-jähriger, Militärkleidung tragender Unhold umher. Es sind
bereits zwei Fälle zu verzeichnen, in denen er sich schulpflichtige
Mädchen in der schamlosesten Weise genähert hat. Die Kinder
auf die ihnen drohende Gefahr hinzuweisen ist aller Eltern Pflicht.

Schreckliche Schreckliche Tod. Der Bahnarbeiter Beder
war mit seinem sechsjährigen Töchterchen auf dem Felde beschäftigt.
Lehteres legte sich am Rahn zum Schlafen nieder und war mit
einem Sack völlig zugedeckt. Als ein Geßirz kam, um Getreide
einzufahren, glitten dem schlafenden Kinde die Räder über den
Kopf, so daß der Tod des unglücklichen Mädchens sofort eintrat.

Gewerkschaftsbewegung.

Organisationsrichtungen in der Angestelltenbewegung.

II.

Die freiheitlich-nationale Angestelltenbewegung.

In der Besprechung der christlichen Angestelltenbewegung be-
handelt man auch bereits die Abspaltung, die unter der Füh-
rung des am 6. Juni durchgefallenen Demokraten Schneider
Sachsen von dem Revolutionsgebilde der Harmonieverbände er-
folgt war, und die sich mit dem hochklingenden Namen „Gewerks-
chaftsbund der Angestellten“ (G. d. A.) bezeichnet.

Als sich vor reichlich Jahresfrist durch Verschmelzung des ehe-
maligen „Deutschen Technikerverbundes“ mit dem freigewerkschaft-
lichen „Bund der technisch-industriellen Beamten“ der „Bund der
technischen Angestellten und Beamten“ bildete und zugleich fest-
stand, daß sich neben diesem auch der „Deutsche Werkmeisterver-
band“ zur freigewerkschaftlichen Idee bekannte, verpürte auch der
„Verband Deutscher Handlungsgehilfen“ zu Leipzig (V. D. H.)
den Ernst der Lage. Innerlich kapitalfeindlich bis auf die
Knochen wollte er den Sinesezug der freien Gewerkschaften auf-
halten. Diese Aufgabe sollte dadurch gelöst werden, daß der
V. D. H. eine Verbindung mit durchaus wirtschaftsfreundlichen Ver-
bänden, die bereits auf dem Aussterbeetat standen, suchte. Er
sah diese Verbindung und gründete den bereits erwähnten
G. d. A. Wurde auch aus der erhofften Erfassung der großen
Masse aller Kategorien von Angestellten nichts, so gelang doch die
von Schneider und seinen politischen Hintermännern geplante
Festlegung im Sinne der demokratischen Partei.

In den Gründungs-Nichtlinien des G. d. A. wurde die An-
hängerschaft an die freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung beto-
nt. Die Fühlung mit den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften
wurde auch bald aufgenommen. Damit war die Schaffung einer
Angestelltenbewegung im Sinne der liberal-demokratischen Welt-
auffassung erreicht.

Diese Zusammenfassung traukt denn auch an dem ewigen
Einerseits-Anderserseits, das in der ganzen liberal-demokratischen
Bewegung eine so große Rolle spielt. In eine Harmonie zwischen
Kapital und Arbeit glaubend, bekennt sich der G. d. A. zum Ge-
ner des Klassenkampfes, will aber dabei Arbeiterinteressen ver-
treten. Das Unheil dieser Arbeit ist deutlich erkennbar an dem
Betriebsrätegesetz, an dessen schändlichem Ausfall Schneider und
Erkelenz ein besonderes Verdienst haben. Trotz mancher Ver-
suche untergeordneter Organe, Schneider als Führer des G. d. A.
zu verleugnen, wirkt dieser noch immer als geistiger und tat-
sächlicher Leiter desselben und bekämpft den Sozialismus und
seine Anhänger. Treue Gefolgschaft leisteten ihm dabei die
Verbände des G. d. A., der angibt, ca. 350 000 Mitglieder zu
haben. Dem G. d. A. gehören an:

1. Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.
2. Deutscher Gruben- und Fabrikbeamtenverband.
3. Hamburger taufmännischer Verein von 1558.
4. Deutscher Privatbeamtenverein.
5. Verein der deutschen Kaufleute.

Rüchsnerverband.

Der am 1. April 1920 abgeschlossene Tarif für die Schwefel-
branche ist vom Reichsarbeitsministerium für das Gebiet der Stadt

Leipzig und der eingemeindeten Vororte für allgemein verbindlich
erklärt worden. Die Verbindlichkeit gilt vom 1. Juli ab.
Deutscher Rüchsnerverband, Filiale Leipzig.

Stellungnahme der freien Angestelltenverbände in Halle zur Betriebsräteorganisation.

Am 1. August fand in Halle eine Mitgliederversammlung
der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände statt, die nach
längerer Aussprache die nachstehende Resolution mit großer
Mehrheit annahm:

Die Mitglieder der der Afa angeschlossenen Angestellten-
gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß die Erfassung
der Betriebsräte nach den von der Afa und dem Allgemeinen
Deutschen Gewerkschaftsbunde aufgestellten Richtlinien zu erfolgen
hat. Sie lehnen ein Zusammengehen mit der Wirtschaftlichen
Räteorganisation ab und verurteilen aufs schärfste jede Zer-
spaltung der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die die Folge
einer selbständigen Betriebsräteorganisation sein muß. Die
Versammelten billigen den von der Afa in Berlin eingenommenen
Standpunkt und lehnen ihrerseits eine Einigung, wie sie zwischen
der Berliner Gewerkschaftskommission und der Rätezentrale in
der Münzstraße abgeschlossen wurde, ab, da sie in dieser Einigung
eine den Aufgaben unserer Bewegung entsprechende Lösung der
Schwierigkeiten nicht erblicken können.

Zum Landarbeiterstreik in Braunschweig.

Braunschweig, 21. Juli. Im Landarbeiterstreik ist der Spruch
des Schlichtungsausschusses, der auf 2,25 Mk. Stundenlohn für
verheiratete männliche Arbeiter lautet, von den Arbeitgeber-Ver-
tretern abgelehnt worden. Darauf hat der Demobilisations-
Kommissar den Spruch des Schlichtungsausschusses für bindend er-
klärt. Er gilt für die Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel.

Wie die TU. unterm 3. August mittelst, hat sich die Lage
verschärft. Nach Ablehnung des staatlichen Schiedsspruches durch
die Landwirte haben die Landarbeiter beschloffen, den Streik
nunmehr in verschärfter Form durchzuführen und auch die Not-
standsarbeiten nicht mehr zu verrichten. Der Schiedsspruch geht
über die Forderungen der Arbeiter zum Teil hinaus, und die
Landwirte erklären, derartige Löhne nicht zahlen zu können. Die
Braunschweiger Regierung hat ihre Vermittlung angeündigt und
ermahnt die Arbeiter zur Verrichtung der Notstandsarbeiten.

Tariffündigung der Hamburger Hafnarbeiter.

Hamburg, 2. August. (TU.) Die organisierten Hafnarbeiter
haben beschloffen, den mit der Hafenbetriebs-Vereinigung abge-
schlossenen Tarifvertrag zum 15. August zu kündigen. Es wird eine
täglich Lohnzulage von 12 Mk. gefordert. Die organisierten
Heizer und Maschinenisten haben sich dieser Forderung angeschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

J. S. 1. Sie können unter Darlegung Ihrer Verhältnisse ein
Gesuch um andre Ratenzahlung einreichen. Der Erfolg ist aber
zweifelhaft. — 1 Mk. für die Parteikasse.

Elisenbäuer P. R. 1. Wenn Sie die Schenkung nicht glaub-
haft nachweisen können, gilt die durch Unterschrift beglaubigte
Schuld. 2. Wenden Sie sich an ein Patentbureau.

M. P. 88. Mit der Auswanderung nach Rußland beschäftigt
sich der Verein Ansfiedlung Ost, Tauchaer Straße 24. — 50 Pf.

M. R. Neubitt. 1. Nein. Sie können auf Herstellung der
häuslichen Gemeinschaft klagen. 2. Nein, erst nach erfolgter Ehe-
schcheidung.

M. W. Otto Pabst, L.-Gohlis, Lindenthaler Straße 1a, I.
— 1 Mk. für die Parteikasse.

D. E. 1. Wenn Ihre Mutter keinen Erwerb hat, erhalten Sie
zu Ihrer Unterstüßung den Familienzuschlag für unterhaltsberech-
tigte Familienangehörige. 2. Ein neuer Mietvertrag ist nur mit
Zustimmung des Kleinigungsveramtes möglich.

E. G. 100, Gohlis. 1. Nein, der Verkauf des Pfandes mußte
Ihnen vorher angedroht werden. 2. Nein. Durch den Verkauf
des Pfandes geht das Eigentum auf den Käufer über. Sie
können aber Schadenersatz verlangen. — 2 Mk. für die Parteikasse.

M. R. Ansprüche auf den Entlassungsanspruch waren bis 28. De-
zember 1919 geltend zu machen. Die vor dem 9. November 1918
Entlassenen müssen anspruchsberechtigte Kriegsbeschädigte sein. —
2 Mk. für die Parteikasse.

M. P. 2. Wenn kein anderer Scheidungsgrund vorliegt, müssen
Sie zunächst auf Herstellung der häuslichen Gemeinschaft klagen.
Nach erfolgter Scheidung hängt die Unterhaltspflicht davon ab,
wer für den schuldigen Teil erklärt worden ist. Für den Unter-
halt der Kinder bleibt in erster Linie der Vater verantwortlich.

M. S. Deutlich. Die Unterhaltspflicht dauert bis zur Voll-
endung des 18. Lebensjahres, doch gehört zum Unterhalt auch die
Vorbildung für einen Beruf.

Bergmann H. R. Wenn Sie ein Verschulden durch unterlassene
Vorkehrungen oder rechtzeitige Anzeigerstattung nicht trifft, muß
der Vermieter die Fenster machen lassen.

Eingelaufene Schriften.

Leo Peruh, Der Marques de Volibar, Roman. Verlag
von Albert Langen, München. Preis geb. 12 Mk., geb. 20,40 Mk.

Richard Smilg-Bernardo, Von der Demokratie zur
Diktatur. Drei Masken-Verlag, München. Preis geb. 4 Mk.

Dr. G. Simpl, Christlich-soziale Arbeit. Volksbun-Verlag,
Wien, 8. Bezirk, Pfarrergasse 9. Preis 15 Kr.

Andrejew, Die Geschichte von den sieben Gehängten.
Muzaron-Verlag, München, Königsplatz 15. Preis geb. 6 Mk.,
geb. 10 Mk.

Franc, Eine Weltgeschichte. Muzaron-Verlag, München,
Königsplatz 15. Preis geb. 6 Mk., geb. 10 Mk.

Rösel, Tolle und wir. Muzaron-Verlag, München,
Königsplatz 15. Preis geb. 6 Mk., geb. 9 Mk.

Rösel, Das Schicksal der Armen. Muzaron-Verlag,
München, Königsplatz 15. Preis geb. 6 Mk., geb. 9 Mk.

Eugen Prager, Das Reichseinkommensteuergesetz. Ver-
lagsgenossenschaft Freiheit, e. G. m. b. H. Berlin C 2, Breite
Straße 8-9. Preis 4 Mk.

Die Bescheidung gegen den
Sturfschützen Bohltz nehme
ich zurück.

O. Abitzsch.

Gewerkschaftsfeind! Die Frau,
bled. 5. Schirm fand, bitte s.
Bel. abs. V. U. U. U. U. U. U. U. U.

I. Berleib-Institut
sein. Gesellschaftsanzüge
J. Kindermann. *
Neumarkt 1.1. Ed. Grimm St.

Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Leipzig, Wälderstraße 26.*

Achtung!
Herrenhüte zum Impfen
auf mod. Form w. noch angen.
Preis 14. * Lieferzeit 8 Tage.
Kurt Wellmann, Lindenau,
Demmeringstraße 78a. I.

Neuer seidener Damenschirm
Sonntagabend 11 Uhr am
Fleischerplatz verloren oder
gestohlen. Gee. Belohn. abaa.
Laudowweg 25, I., Rögner.

Paunsdorf
Allen Partei- und Tüninggenossen, Freunden und Be-
kannten zur gefl. Kenntnis, daß wir am 1. August
das altbekannte Restaurant
Albertsburg, Albertstraße 10
übernommen haben. Unser Bestreben wird es sein,
unsern Gästen nur Gutes zu bieten, und bitten um
gütige Unterstützung unseres neuen Unternehmens.
Freitag, den 6. August, Eröffnungsfest.
Oswald Wehner und Frau.
Baumanns Gesellschaftshaus Inhaber
2. Volkmarstraße 32. Fernsprecher 61018
empfehlen Vereinen seinen Saal, große Vereins-
zimmer und Garten auch zur Abhaltung von
aller Festlichkeiten und Hochzeiten
Anerkannt gute, zeitgemäße Küche, Biere und Weine. I.
Leipziger Bücher-Ramisch-Halle
Burgstraße 22-24, gegenüber dem Thüringer Hol-
zwerkstätten, Unterhaltungs- und Jugendheim.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.
Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Konsumverein L.-Plagwitz u. Umg.
E. G. m. b. H.
Zwiebeln Pfund 50 Pfg.
Birnen Pfund 80 Pfg. bis 1 Mk.
Weißkohl Pfund 25 Pfg.
Neu eingetroffen!
Brasil. Vollreis, prima Ware, Pfd. 4.80 Mk.

Soeben ist in unserm
Verlage erschienen:
**Gerhart Seger
Kunst und histor.
Materialismus**
Ein Beispiel neuer
Kunstbetrachtung.
Preis 2 Mk.
Bestellungen nehmen
Austräger und Filialen
der Volkszeitung ent-
gegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilg. Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21.

Die Bescheidung gegen den
Sturfschützen Bohltz nehme
ich zurück.
O. Abitzsch.
Gewerkschaftsfeind! Die Frau,
bled. 5. Schirm fand, bitte s.
Bel. abs. V. U. U. U. U. U. U. U.
I. Berleib-Institut
sein. Gesellschaftsanzüge
J. Kindermann. *
Neumarkt 1.1. Ed. Grimm St.
Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Leipzig, Wälderstraße 26.*
Achtung!
Herrenhüte zum Impfen
auf mod. Form w. noch angen.
Preis 14. * Lieferzeit 8 Tage.
Kurt Wellmann, Lindenau,
Demmeringstraße 78a. I.
Neuer seidener Damenschirm
Sonntagabend 11 Uhr am
Fleischerplatz verloren oder
gestohlen. Gee. Belohn. abaa.
Laudowweg 25, I., Rögner.

Neues Theater.

Dienstag, den 3. August 1920

Ein dramatisches Gedicht in 5 Akten (10 Bildern) von Genetl. Cölen.
Küchenleitung: Axel Guth. Musikalische Leitung: Dr. Max Hofmeister.

Leipziger Volksbühne.
Mittwoch, den 4. August, abends 7 1/2 Uhr: Serie 19.
Das Dorf ohne Glocke.

Theater in der Elsterstraße, Kammerstücke.
An der Quelle sah der Knabe.
Spielplan: Mittwoch u. folgende Tage, abends 7 1/2 Uhr.

Leipziger Puppenspiele.
Wünsch's Marionettentheater.
Ehrenwoche für Familie H. Wünsch.
Die drei Haulemannchen. Das Müllerröschchen.

Krystall-Palast

Monat August 1920.
Jubiläums-Programm.
25 jähriges Bestehen des ständigen Varietés im Krystall-Palast.
Betty Wink, Ernst Scharf, 5 Carras, Loubé & Partnerin, 2 Margos, 2 Hartwells, Richard Kautz, Laurenz & Partner, Dr. Angelos, Fred Chasyer, Optische Berichterstattung.

Blumensäle.
Künstler-Kabarett.

Leubisch Alter Gasthof.
Jeden Dienstag von 7 Uhr an
Großer Hausball.

Wintergarten.
Die Tänzerin Barberina.
Der große historische Brunkfilm aus der Zeit Friedrichs des Großen.

Rindensfels.
Henny Borten.
Die Faust des Riesen.
I. und II. Teil in einer Vorstellung.

Volkshaus
Kaffee Kuchen Küche Keller

Morgen Mittwoch, ab 7 Uhr:
Grosses Garten-Freikonzert (Blasquartett).
Donnerstag, den 5. August, ab 7 Uhr:
Grosses Volkshaus-Ballfest.

Luna-Park am Auensee
Morgen Mittwoch:
2. humoristisch. Kinderfest „Im Krabbelbassin“
mit uikiger Aufführung eines von Erwachsenen und Kindern drollig dargestellten Reigens „Im Storchenteich“.

Trojan's Schützenhaus
Morgen Mittwoch ab 7 Uhr:
Grosser Strohritter-Ball.
Vorverkauf! Montag, 8. August: Grosses Gartenkonzert mit Feuerwerk.

Neuer Gasthof Gohlis.
Grosses Ballfest.

Kaiserpark Leipzig-Gohlis am Rosental
Morgen Mittwoch, von 7 Uhr an
Großer Ball.
Löwenpark
L. Städt., Endstr. 6.
Morgen ab 7 Uhr
Elite-Ball.

Goldene Krone Connewitz
Sallekelle der 10 u. * Bahn.
Inh. August Schulze. Fernruf 35752.
Morgen Mittwoch, 7 Uhr abends:
Der amüsante Kronen-Ball.

Gesellschaftshaus Schönefeld
Mittwoch, den 4. August:
I. gr. Dirndl-Ball
Damen im Dirndl-Kostüm frohen Eintritt!

Lichtspiele
Zschocher
Stuart Webbs
Der gefürchtete Meisterdetektiv in seinem neuesten tollkühnen Abenteuer in 5 Akten
Der Mann im Keller.
Dieser Film war während des Krieges verboten.
= Apachen-Rache. =
I. Teil - 5 Akte.
Uebertrifft alles bisher Dagewesene an fabelhafter Sensation.
Nur für Erwachsene.
Erstklassige Künstlermusik.
Ferner ein weiteres erstklass. Beiprogramm.
Einlaß 5 Uhr.

Königs-Pavillon

Harry Piel.
Sensations-Schauspiel
Der Todesritt durch die Luft
oder
„Die Millionenmine“
Boccaccios Liebesabenteuer
ein galantes Liebes-Schauspiel nach dem bekannten gleichnamigen Pariser Roman in 4 Akten.

Neues Operetten-Theater.
Dienstag, den 3. August 1920
Die Giebrmanns.
Operette in 3 Akten von G. Hainner und H. Wene.

Alles Theater.
Mittwoch, den 4. August:
Leipziger Schauspielhaus.
Dienstag, den 3. August 1920
Schnitzers Antea Brand.

Zwangsquartierung.
Schwan in 4 Akten von Franz von Sickingen und Ernst Bach.
In Szene gesetzt von Anton Brand.

Baltenberg
Varieté.
Anfang 1/8 Uhr
Der bekannte Humorist
Franz Tielscher
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Theater.
Anfang 1/8 Uhr.
Das Rätsel: Weib.
Morgen: Das Rätsel: Weib.

Drei Linden
Täglich abends 1/8 Uhr
Gastspiel
Ballett Georges Blanvalet
in dem Ballettfragment aus der Oper „Tannhäuser“ von Rich. Wagner.
„Der Venusberg“
35 Mitwirkende 35
sowie
der grosse Varieté-Spielplan.

SARRASANI
Neuer Zeltbau aus Friedensmaterial auf dem Meißplatz.
Nur noch wenige Tage!
Morgen auch 8 Uhr
nachmittags
Nachmittags halbe Preise für Kinder!

Kasino-Lichtspiele

Das kolossal fesselnde und spannende Detektiv-Drama aus der Schmugglerwelt in einem Vorspiel und 5 Akten
Das
Haus an der Grenze
Ferner: Das Tollste vom Tollen!
Der Clown meiner Frau
Ebenso reizendes wie hochkomisches Lustspiel in 2 Akten.

zurückwollen. Denn von dieser christlichen Neutralität hängt Leben und Sterben für uns ab. Durch unbewusste Eingriffe kann über Nacht ein Kriegsfall entstehen. Wir haben noch verträgliche Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kolonialzüge werden nicht durchgeföhrt, wenn sie neutralitätswidrige Ladungen enthalten. Wir haben dann die Verpflichtung, die tschoso-sowjetischen Gefangenen heimzuführen. Die Truppen in den Absteuungengebieten können abgelöst werden, aber nicht so, daß sie nach Polen transportiert werden und neue aus Frankreich kommen. Es wäre bedauerlich, wenn versucht würde, uns in London an von der Verhandlung der Ostfragen auszuschließen. Was im Osten beschloffen wird, geht uns an Herz und Nieren. Wir müssen unsere Rat und Bestand zur Verfügung stellen. Mit Sowjetrußland könnten wir jeden Vertrag abschließen. Ich würde mich aber in keinen Vertrag mit Sowjetrußland einlassen, wenn dieses nicht verspricht, daß es das, was vereinbart ist, auch der Entente gegenüber hält. Wir brauchen uns jetzt nicht zu drängen, in den Völkerbund hineinzukommen. Als Landstrolche lassen wir uns nicht gebrauchen. Auf Vorschlag des Abg. Becker-Hessen (D. Sp.) wird die Abstimmung über den Antrag auf Auflösung der Zentrale für...

Heimatdienst bis zum Herbst zurückgestellt. Damit ist die zweite Lesung des Reichshaushalts erledigt. Dienstag 10 Uhr: Anträge, Entwaffnungsgesetz, 8. Lesung des Reichshaushalts, Interpellationen, kleine Vorlagen.

Aus der Partei.

Der Fall Herzog.

Die Freiheit schreibt: Wir erhalten aus Moskau eine Zuschrift von Wilhelm Herzog, die sich gegen einige in der „Freiheit“ vom 28. Juni aufgestellte Behauptungen richtet. Herzog betont darin, daß er mit seiner Hilfe nach Rußland dem Wunsche einiger russischer Genossen und seinem eigenen Willen gefolgt sei, um die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse Sowjetrußlands kennen zu lernen. Die von uns wiedergegebene Mitteilung der Frankfurter Zeitung, daß er sich als Vertreter des linken Flügels der USP bezeichnet habe, sei unwahr. In der Sitzung des Exekutivkomitees der dritten Internationale habe er auf Einladung des Vorstehers...

den Sinowjews und seines Sekretärs, Nabel, teilgenommen. Ferner erklärt Herzog, ihm sei unbekannt gewesen, daß das Zentralkomitee irgendeine derartige Aufforderung, ihn von der Reichstagskandidatenliste zu streichen, an die Hamburger Organisation richtete. Bis zum letzten Tage seines Hamburger Aufenthaltes sei dort kein Brief des Zentralkomitees eingetroffen. Er sei auch den unangenehmen Auseinandersetzungen nicht aus dem Wege gegangen, sondern habe sie zum wiederholten Male schriftlich und mündlich immer wieder gefordert.

Daß Herzog von dem Brief des Zentralkomitees nicht unterrichtet war, ändert nichts an der Tatsache, daß er schriftlich geschrieben und abgesandt worden ist. Im übrigen haben wir zu den Bemerkungen Herzogs zu erklären, daß die von dem Zentralkomitee eingeleitete Kommission ihre Untersuchungen längst erledigt hätte, wenn seine Abreise das nicht unmöglich gemacht hätte. Da sie die Anschuldigungen gegen ihn sofort nach seiner Rückkehr erledigen will, dürfte man ihr wohl weitere Feststellungen überlassen.

Alltägliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung
die Zuckerkarten der Reihe 17 betreffend.
Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Vertriebszeitraum (vom 30. Mai bis 3. August 1920) erlischt mit dem 3. August 1920. Nach diesem Zeitraum darf auf Zuckerkarten, Bezugsarten und Ergänzungsarten der Reihe 17 Zucker im Kleinhandel nicht mehr abgegeben werden.
Die Bezugs- und Ergänzungsarten der Reihe 17 und etwa noch im Verkehr befindliche Bezugsausweise dieser Reihe sind vom Kleinhandl. an den Lieferanten (Zwischenhändler und Großhändler) bis zum 10. August 1920, von den Mitgliedern der Zuckervertretervereine an diese bis zum 15. August 1920 einzuliefern.
Dresden, den 27. Juli 1920. 604, U. L. M. I. O. Wirtschaftsministerium (Landeslebensmittelamt).

Bekanntmachung
die Zuckerkarten der Reihe 18 betreffend.
Vom 4. August 1920 an gelten im Freiland Sachsen die Zuckerkarten der Reihe 18, die auf drei Pfund und Bezugsarten, die auf fünf Pfund lauten und zur Deckung des Bedarfs für die Zeit vom 4. August bis 31. Oktober 1920 bestimmt sind. Die Zuckerkarten sind in der bisherigen Weise auf blaues Wasserzeichenpapier (Rautenstreifen) mit ultramarinblauer Farbe gedruckt, die K-Karten...

auf orange- (fleisch) farbenem Wasserzeichenpapier (Rautenstreifen) mit gleichem Druck und grünem K und die Bezugsarten auf weißem Papier wie die K-Karten, aber mit rotem Druck.
Die Annahme falscher Karten kann den Ausschluß vom Zuckerhandel wegen Unauferlässigkeit und Bestrafung nach sich ziehen.
Zuckerkarten (nicht Bezugs- und Ergänzungsarten) der Reihe 18 dürfen nur bis zum 1. September 1920 zur Belieferung angemeldet werden, da für die spätere Zeit nur noch Ergänzungsarten zur Ausgabe gelangen. Die von den Zuckerkartenhändlern vereinnahmten Bezugsausweise, Bezugs- und Ergänzungsarten der Reihe 18 sind jedesmal mit größter Beschleunigung, spätestens aber innerhalb 14 Tagen nach Empfang an die Lieferanten weiterzugeben. Da die Nichtabgabe dieser Vorkaufs- oder Besondereinzelkarten in der Belieferung zur Folge haben kann, wird gegenläufige Einlieferung gegebenenfalls durch Ausschluß vom Zuckerhandel eingeschritten werden.
Die Abholung des Zuckers auf die Zuckerkarten, Bezugsarten und Ergänzungsarten für den Vertriebszeitraum vom 4. August bis 31. Oktober 1920 beim Kleinhandl. muß wegen der Abrechnungsdarbeiten und Bestandsaufnahme reiflos bis zum 20. Oktober 1920 erfolgen. Den Kleinhandl. ist in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober 1920 der Verkauf von Zucker, abgesehen von den nachfolgenden Ausnahmen, untersagt:
Militärlieferanten, Binnenhäfen-Zuckerkarten und Ergänzungsarten, soweit letztere nach dem 20. Oktober 1920 für die Gültigkeit bis 31. Oktober 1920 ausgegeben worden sind, sind ohne Einschränkung zu beliefern.

Die Vorbeforderung der Teilabdrucke von Zuckerkarten, ebenso wie die Ergänzungsarten und Bezugsarten, ist verboten und strafbar. Erneut wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Zuckerkarten mit Namen, Wohnort des Inhabers und mit dem Stempel des Kleinhandl. zu versehen sind. Karten, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, dürfen nicht angenommen werden. Die Zuckervertretervereine sind um die sofortige Besorgung von Karten nicht mehr einzuliefern.
Jede Einlieferung von Karten hat unter „Einschreiben“ oder mittels Wertpapiertes zu erfolgen. Bei Nichtabgabe dieser Bestimmungen wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet.
Durchlöcher Karten gelten als entwertet und dürfen nicht mehr befreit werden.
Ergänzungsarten ohne Zeit- und Reihenangabe und ohne den Stempel des ausgebenden Kommunalverbandes oder der sonstigen Ausgabe sind ungültig. Die Annahme solcher Karten ist unzulässig und strafbar.

Dresden, den 27. Juli 1920. 605, U. L. M. I. O. Wirtschaftsministerium (Landeslebensmittelamt).

Frühkartoffelausgabe.
In der Vertriebswoche vom 3. bis 9. August gelangen auf Kartoffelmarken H6/H6 nicht wie bekanntgegeben 5, sondern 7 Pfund Kartoffeln zur Verteilung, die bis Montag, 9. August, abgeholt sein müssen. Die Großverleiher werden am Mittwoch Bezugscheine auf die erhöhte Menge erhalten.
Ernährungsamt Leipzig, am 2. August 1920.

2000 Mark Belohnung!
Am 31. Juli d. J. gegen 11 Uhr vormittags sind aus dem Krankenhaus in der früheren Marienstraße gestohlen worden:
1 brauner Wallach, 1,68 m groß, 3jährig, mit Stern, am linken Vorderbein starken Hakentritt, auf dem linken hinteren Schenkel eingegraben „A 40“, über dem linken Sprunggelenk eine haarlose, talergroße Stelle, mit gelblicher Wähne und langem Schweif;
1 Fuchswallach, 1,68 m groß, 1jährig, ohne besondere Abzeichen, mit tiefem Schenkelstrich am rechten Hinterbein die Zahl „99“, mit gelblicher Wähne und langem Schweif;
1 Jagdwagen, schwarz lackiert, mit neuer Gummibereifung und mit Hart abgenutztem gelbbraunem Stoff ausgekleidet.
Auf Wiedererlangung der gestohlenen Pferde und des Wagens werden vom Gehobigten 2000 Mark Belohnung ausgesetzt.
Sachdienliche Mitteilungen ohne Namensnennung an die Kriminalabteilung zu Kr. V. A. IV 1919/20 Leipzig, den 2. August 1920.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Spartasse Gaußsch Gemeindegemeinschaft
Geschäftszeit: Montag bis Freitag 8-12 Uhr
Sonnabends 8-1 Uhr
Tägl. Veranstaltung mit 3 Uhr. Prosa.
Postfach Nr. 14601 Leipzig.
Groschostraße Nr. 65
bei der Girokasse Leipzig, Neumarkt 35.

Eröffnung!
Grimmaische Straße 17
on detail **Zigaretten** on groß
feiner türkischer Tabake - Eigenes Fabrikat
Orient. Tabak- u. Zigarettenfabrik
„Mydas“

In 1 Stunde fertigen **Garantie** Kopie, Pilsener, Bitter, Lager, etc.
Läuse jagt man mit...
Schletterstraße 12; Gohlis: Grunert, Aue: Baurig
Straße 57; Lindenau: Auerwald, Jochenstraße 17.

Arbeiter u. Parteigenossen!
Lest Ever illustriertes Blatt
die Wochenschrift der U.S.P.D.
Freie Welt
Preis 60 Pfennig
Zu beziehen durch die
Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.
Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Tombola in bekannter Qualität.
Ständige Ausstellung.
Laternen mit Glas u. Licht.
Festdecken, Blumen.
Zu Kinderfesten: Tragtische, Plüsch, Fahnen, Absteckkerne u. Vogel i. reich. Ausw.
Katalog Nr. 44 verlangen.
Richard Lipinski
Leipzig, Königsstraße 12.
Ich will mich belästigt machen durch meine laubere und preiswerte Arbeit.
Ferd. Fischer
Uhrmacher.
Tauchaer Straße 10.

Familien-Nachrichten
Blüthlich und unerwartet verchied heute infolge Gehirnschlag im Alter von 84 Jahren, unsre liebe unvergessliche Mutter
Emilie verw. Jänig geb. Petzold.
2. Lindenau, den 2. August 1920
Die trauernden Hinterbliebenen.
Einäschung den 5. August, mittags 12 Uhr.
Am 2. August verchied nach kurzem aber schwerem Leiden, im Alter von einem halben Jahr, unser herzensguter
Heinzel.
Dies selgt tiefbetriibt an
Schönefeld, Mag. Lehmann nebst Frau u. Geschwister.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Suche tücht. Blagarmacherin auf Zigarillos (Selmarbeit).
M. Dahms, Sell., Lora, Str. 68

Mehrere, tüchtige Bäckerinnen
lofort gesucht
Wohnungsmöbel miltbringen
Wozulieferer von 9 Uhr an
Katz, Mittelstr. 16, I. I.

Verhäufe
7 1/2 Grundst., Dörfel, 44 000,-
mit oder ohne Geschäft ver-
kauf! Brandt, Täubchenweg 6

KOWNOER
Schnupftabak nur 50 Pfg.
Elastr. 3 u. Gerberstr. 40.

Tapeten à Rolle v. 1.50 an
R. Körner, Eilonastraße 54
Ecke Körnerstr. I

Schrotmühlen
tauchfenestabl., jede Größe
Quorastraße 6, III. I.

Willa, Gelegenheitsküche
aller Art; neue u. getragene
Herrenherberge
Militär - Sachen
Schuhe u. Stiefel
Wäsche fertigt
Walter Fritzsche
L. R., Frommannstr. 12, P.

Badetanz, mehr, Gehrodang,
Gutau, m. 200,-, Verbitz, a. l.
Friedensstr. 10, I. I.

Anzug, f. neu, Koncertstüber
bitt. Eilenbahnstr. 52, Friseur

Anzug für 18-18jähr. f. neu,
verf. Wind, Denzschtr. 30, I.

Anzug, Gr. 17 1/2, f. neu, 280,-
u. l. Brandvorwerkstr. 14, IV. I.

Mod. Anzug f. chl. Fra. 275,-
do, m. 2 Hosen, chl. Fra. 650,-
u. l. Co. Similtelstr. 28, P. R.

W. Reichsfr., neu, Bluse,
bitt. Ang. Spickerstr. 14, II. W.

Jeder Hut wird wie neu!
Alte Herren-Hüte
werden in meiner Hutfabrik auf
moderne Formen umgepresst.
Feinste Ausführung
Billige Preise
Elisabeth Schulze
Katharinenstraße 13 und Königsplatz 7
Ecke Markthalenstraße

Rüde verkauft bill. Rappe,
Rüde, Kürnbergstr. 11.

Rüde, gr., Aufwacht, Kbr.,
Schrt. 21, S. Ang. Sp. Hofe
of Wurznerstr. 182, Walfber

Plüschsofa, Spieg., Regulat.,
4 Stühle v. Ewaldstr. 17, P.

Pilich-Sofa
Schlafzimmer (mod.), Kleid.,
Schrank, Waldfisch, Bettstü.,
m. Matr., Billett vert. D. Z.
Gohlis, Eisenacher Straße 80.

Gute alte Beige, Mandoline,
Lauter (wohlbillig) zu verkaufen.
Wurzner Str. 182, Walfber.

Preiswertes Angebot
solange Vorrat reicht!

Braune Herrenstiefel	Mk. 249.50
Herrnstiefel	149.50
Damenstiefel Hochschaff	198.75
Damen-Lackstiefel Hochschaff	204.75
Damen-Schnürhalbschuhe mit Lackkappe	139.50
Braune Damen-Halbschuhe	175.50
Damen-Spangenschuhe	98.50
Damen-Leinwandchuhe	41.50
Knabenstiefel	153.50
Leder-Hauschuhe	23.85
Hausschuhe	5.00
Sandalen	1.75
Strümpfe u. Socken	13.75 5.50

Schuhhaus Neptun G. m. H.
Hainstr. 20/24 Windmühlenstr. 31.

Wb. Kinder-Reformbettstü.,
75x160, v. l. Kofst. 52, IV. W.
Bambon, 100,-, bill., gr. Spieg.
ohne Glas, Anzug 121, K. R.
Ang. Poladowsky-Engl. 5, IV

Kubbandon, 100,-, 600,-, G. r.
sch., Herm. Sever-Str. 15, P. R.

Rähmisch, 180,-, M. Schube,
Anger. Spickerstr. 14, II. W.

Rähmisch, gutnähen, 200,-, K.
v. l. Kofst., Siemensstr. 25, III. I.

Schneid-Rähmisch, Rundsch.
v. l. Kofst., Antonienstr. 46, I. W.

H. u. D. Rad, m. od. ohne Gu.
br. dr. Kofst. 44, II. I.

Herrn-Rad, geb., zu verk.
Kleinisch, Bahnhöfstr. 33, III. I.

Herr-Rad, stabl., m. neuen
Häutern, Deden, 360,-, A.
Lüßner Straße 79, Laden.

Herr-Rad, gut. Gu. Holzfel,
v. l. bill. Kofst. 46, II. I.

Herr-Rad, m. Gu. u. Brill. bill.
Kofst., Knauthainer Str. 16, III

Herr-Rad, m. neu. Gu. Freilif,
zu verkaufen, Weberstraße 8, I. R.

Fein. S. Rad, Brill., ja Gu., b.
Kofst. 44, II. Tröb.

Wb. Fahrer, 310erweg 10, P.

Preislo-Rennmaschine, gth. m.
Schrt. v. l. o. g. H. u. D. Loub.
a. l. Gohlis, Wittenbergstr. 61.

1 Sak Schlauchreifd., f. neu,
v. l. bill. Lutherstr. 18, III. I.

Kinderwagen, guterb., bill.
a. v. Cuir, Schieberstr. 28, I. W.

Kinderwa., el. hell, m. Wulfr.
wie neu, Wurzner Str. 68, I. I.

Kinderwagen, guterb., billig
zu vk., Demmeringstr. 159, I. R.

Kinderwa., gterh., b. v. l. Grob-
sch., Knauthainer Str. 61, II. R.

Korbfinderwagen, schön, ver-
kauft Täubchenweg 58, I. I. S.

Klavw. m. Verb., gelchl., gut-
ercht., a. v. l. Wurzner Str. 68, I.

Klavwagen m. Verb., efg.,
v. l. h. Reudn., Augustenstr. 8, I. R.

Klavw. u. Andrstrich, gth.
Friedrich, Dresdner Str. 68, III.

Klavw. (Breunab.), Braun,
guth. v. l. Wurzner Str. 38, S. I. I.

Handwagen, fr. billig u. verk.
Wind, Cranachstraße 1, III. W.

Grudeofen, Knabenrad u. vrf.
Go., Wiederlich, Str. 30, P. R.

Läufersehwele
zu verkaufen 3 Hühnen Str. 70.
Räden zu verkaufen, Giesner
Wind., Demmeringstr. 1, P. R.

Felle-Einkauf.
Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor
Käufer sämtlicher Sorten roher Säute und Felle zu
Tagespreisen. **Albin Wagner, Querstraße 27.**

Photo-Apparat, 18x18 cmpl.
au verk. Co. Juliusstr. 23, I. R.

Abriegelb. Schwärzenstein, 20.

Junges Hund (Hundspitz) u.
verk. Eilenbahnstr. 117, II. I.

Verschiedene Kaminen v. l.
Sophienstraße 87, Souterr.

Kaufgefuche
Herrn-Garderobe, Militär-
Sachen, Schuhwerk, Wäsche,
Leibhausheine etc. Kl. u. l.
Kantische Gasse 8, part. I.

Anzüge Militär - Sachen,
eins. Hosen, Wäsche
H. Lehmann, Dresdn. Str. 69

Militärtuch - Militär
Anzüge, Hade, Hosen,
Häntel, Reithaus, etc.
Kd., Frommannstr. 12, Lab.

Militär
Hosen, Hüfen,
Mant., Misch,
Militär, Schuhe,
Stiefel, Dam.,
u. Her., Gard.,
Wäsche, Leibh.,
Schne, Nach-
lab-Sachen

kauft
Wadowitz, neb. Akt ora
Windmühlenstr. 33, I.
Tel. 15 476

Felle kauft
Kleine Fleischernasse 16, I.

Verschied. Möbel zu kauf., ge-
liefert, Walfber Str. 33, Dietrich.

Reiderstrauk u. Vertiko gel,
Kappe, Nürnberg, Str. 6, D. II.

Rundschiffen-Rähmaschine
lucht Bayerische Str. 42, II. I.

Rähm. gel. Nürnberg, Str. 6, S. II.

Klavwagen mit Verbet
lucht Täubchenweg 58, I. I. S.

Guterhalt. Kinderwagen ob.
Klavwagen kauft Stolle,
Eberhardstraße 8.

Politische Parteien
und Verfassungskämpfe
in Sachsen
von der Märzrevolution bis
zum Ausbruch des Reichs-
Krieges 1848-1849
von **Dr. Curt Geyer**
Preis brochiert 3.- Mark
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19, II.
Postfachkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Abnehmer
der Volkszeitung nehmen Be-
stellungen entgegen.

Wohnungen
Deer. 21. Zimmer, m. Gas u. Koh-
geschicht, möbl. a. eins. Ver. lot. a.
perm. Trandenbergt. 24, II. W.

Deere Stube m. Kochof. a. eins.
Verion a. perm. Näh. 6-8 II.
abd. Pl., Kanalerstr. 29, IV. I.
Schlafstube f. Herrn, evtl. f.
2. frei, Körnerstr. 11 part. I.
Suche zu Anfang Septbr.

2-3 Zimmer
möbl. oder nicht möbl., mit
Kochgelegenheit. - Gegen
möglichst Lindenau. Dhert.
an Auothefer Vanden, Fried-
richstraße in Thüringen.
Burgstraße 10.

Frei. lucht feeere Stube u. Kam.
mit Kochgelegenheit zu miet.
Off. u. l. M. an die Exp. d. Bl.

Sas. Ehepaar lucht einf. oder
leer. Zimm. m. Kochgelegenh.
Off. K. 30 a. d. Exped. d. Blatt.

Solider Herr, 36 J. alt, lucht
möbl. Zimmer od. Schlafst.
mal. b. eins. Verion. Na. Dhen
Tsch. I. Str. 28, K. m. G. I. G. l. S.

g. l. Kierisch o. Breit. Regis
D. Kupfer, Gaußsch, Ring 42.

Reichstag.

16. Sitzung, Montag, 2. August.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Weiland wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Auf der Tagesordnung steht ferner der am 1. Mai d. J. im Haag unterzeichnete Vertrag zwischen der deutschen und niederländischen Regierung über Kredit und Steuervereinigungen.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Der Vertrag ist der Anfang einer Tat des Wiederaufbaues. Die ersten Schritte dazu sind vom Finanzminister Erzberger eingeleitet worden.

Das Abkommen wird ohne weitere Erörterung in allen drei Lesungen angenommen.

Ohne Debatte wird auch eine Aenderung zum Postgebührengesetz angenommen, wonach die Erhöhung der Zeitungsgebühren erst am 1. Januar 1921 in Kraft treten soll.

Der Ausschussbericht für das Entwaffnungsgesetz liegt noch nicht vor. Präsident Loebe schlägt daher vor, die zweite und dritte Beratung des Gesetzes erst in späterer Stunde vorzunehmen.

Abg. Ledebour (U. Soz.) beantragt, den Gesetzentwurf aus diesem Grunde überhaupt von der Tagesordnung abzusehen.

Da das Haus sehr schwach besetzt ist, soll die Abstimmung über diesen Antrag erst später erfolgen.

Es folgt die Beratung mehrerer Anträge, die eine Amnestie fordern.

Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) ersucht die Regierung, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend dem Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920 gewährleistet wird.

Abg. Ledebour (U. Soz.) hat den Entwurf eines Amnestiegesetzes eingebracht, wonach für alle Straftaten, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes aus politischen Gründen verübt worden sind, Amnestie gewährt wird.

Ein Antrag Becker-Krusberg (Zentr.), Dr. Becker-Heisen (D. Vp.), Schiffer (Dem.), Reich (Bay. Vp.) enthält ebenfalls einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit. Danach wird für Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind, Straffreiheit gewährt. Ferner wird Straffreiheit Personen gewährt, die an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind.

Abg. Klabusch (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Vorlage soll eine Entspannung der Lage herbeiführen. Wenn die Kappisten Straffreiheit erhalten, so müssen die Revolutionäre von 1919 der Straffreiheit ebenfalls teilhaftig werden, desgleichen die Teilnehmer an den Münchner Unruhen und den Berliner Januar- und Märzunruhen. Bayern will offenbar die Teilnehmer an den bayerischen Unruhen ausnehmen; aber wir müssen der Verfassung gemäß die Amnestie zur Reichsweite machen. Die bayerische Regierung vertritt wenig Selbstvertrauen, wenn sie glaubt, mit einem freigelegenen Reich Mühsam nicht fertig werden zu können. Wir beantragen in dem Entwurf der Reichsteilparteien die Streichung der Worte „gegen das Reich“, damit auch Handlungen unter die Amnestie fallen, die sich gegen einen Bundesstaat richteten. Selbstverständlich kann sich die Amnestie nicht auf das Disziplinungsverfahren beziehen. Bei den Vorbesprechungen über den Antrag war man sich darüber einig, daß der Ausdruck „Zusammenhang“ mit den hochverräterischen Handlungen im allerweitesten Sinne verstanden werden sollte. Nach dem 4. Absatz des Antrages sind von der Straffreiheit gewisse einzeln aufgeführte Handlungen ausgenommen. Uns erscheinen diese Handlungen vollkommen willkürlich herausgenommen. Münchner Geselldörfer, Marburger Studenten und bayerische Brandstifter wollen auch wir nicht straflos ausgehen lassen. Amnestien bedeuten für gewöhnlich einen Markstein für eine Revolution. Sie sollen eine neue Genesung vorbereiten, so ist es aber bei dieser Amnestie nicht. Nicht als Parteiman, sondern als akademischer Lehrer warne ich die rechte Seite dieses Hauses. Sie haben die akademische Jugend durch die von Ihnen beeinflusste Presse und die Lehrer in Ihrer Hand — (Zurufe rechts: Gott sei Dank!) Ich möchte aber, daß Sie sich auch Ihrer Verantwortung bewußt sind. (Sehr richtig! links.) Gerade Sie, die immer betonen, daß unser Volk ohne geistige Führung ist, haben alles dazu getan, unsere akademische Jugend dem Volk zu entfremden. (Lärm rechts. Rufe: Schöner Professor! Sie sind der größte Hehler!) Nichts ist häßlicher als das. Machen Sie erst mit dem, was Sie in unsern allgemeinen Debatten selbst gesagt haben. Sie haben selbst zugestanden, daß die Monarchie in diesem Augenblick nicht Ihr Programm ist, sondern daß jetzt nur die Republik und der Parlamentarismus möglich sind. Niemand wird Ihnen verwehren, Ihre monarchistische Weltanschauung an die Jugend heranzubringen. Geben Sie der Jugend aber auch den Wirklichkeitssinn, der fürs erste die republikanische Verfassung als das einzig Mögliche ansieht. Befreien Sie die Jugend aus dem Zustand einer bloßen Vorläufigkeit, in dem sie sich befindet. (Erneuter Lärm rechts.) Nur wenn Sie auf diese Weise die seelischen Voraussetzungen schaffen, die dieser Amnestie von vornherein zugrunde liegen sollen, wird eine politische Entspannung eintreten zum Segen und zur Erleichterung für unser schwer geprüftes Volk. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Herzfeld (U. Soz.): Wir haben einen Antrag auf ein allgemeines Amnestiegesetz eingebracht und damit Millionen von Arbeitern aus dem Herzen gesprochen. Die Gefängnisse, Zuchthäuser und Festungen sind überfüllter als in den schlimmsten Zeiten der 49er Revolution und der Sozialistenverfolgungen. Man muß den Arbeitern sagen, daß ihre Revolution verpöndelt worden ist und daß sie andere Methoden und andere Führer annehmen müssen, um diese Revolution nach ihrem Wunsch zu gestalten. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Diese Revolution stand unter dem entscheidenden Einfluß der Rechtssozialisten, unter deren Herrschaft ganz besonders unter dem glorreichen Regiment Noske sich die Gefängnisse mit Proletariatsknechten füllten. Das vorliegende Amnestiegesetz ist nur gemacht wegen der Weeberfüllung der Gefängnisse, um den Kappverbrechern zu Hilfe zu kommen. Von diesen ist noch kein einziger angeklagt und kein einziger verurteilt. Im ganzen Schwaben gegen sie überhaupt nur circa 100 Verfahren beim Oberreichsanwalt. Dagegen sind allein im Ruhrgebiet gegen die Verteidiger der Republik 1888 Anklagen erhoben, von denen durch die außerordentlichen Kriegsgerichte bereits 969 abgeurteilt wurden. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die Urheber des Kapp-Putschs hat man ja nicht und will man nicht haben. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß mindestens 15 000 Anklagen aus Anlaß des Kapp-Putschs gegen die Verteidiger der Republik erhoben und demgegenüber nicht eine einzige Anklage, nicht eine einzige Verurteilung gegen die Putschisten. (Hört, hört!) Wir denken bei unserm Amnestieantrag nicht nur an die Kapp-Putschisten, sondern vor allem auch an die Vorkämpfer der sozialistischen Revolution, an die eben und reinen Kämpfer der Januarunruhen 1919 und an alle Opfer des Systems Noske. (Lebhafter Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Buelage (Zentr.). Es ist höchste Zeit, daß Ruhe und Ordnung wieder in unserm Land einzug halten. Was uns nützt ist Stärkung der Autorität des Staates. Ein begrenztes Begnadigungsgesetz wird sich gegenwärtig kaum vermeiden lassen. Die Herren Unabhängigen müssen doch einmal bedenken, in welcher Weise sie die letzten Jahre geholt haben, bevor sie sich über die

überfüllten Gefängnisse beschwerten. (Inhaltender großer Lärm bei den U. Soz.) Das vorliegende Gesetz wird zur Ausgleichung der politischen Leidenschaften beitragen.

Abg. Dr. Döringer (Dnat.): Gegen eine allgemeine Amnestie haben wir Bedenken. Wir halten es für notwendig, auf die Tüchtigkeit eines Landes wie Bayern Rücksicht zu nehmen. Aber es müssen auch die Nadelstiche, besonders die Führer des Kapp-Putschs unter die Amnestie fallen, weil es ihnen versprochen worden ist. (Hört, hört! bei den Soz. — Sehr richtig! rechts.) Das einfache natürliche Rechtsgefühl macht es mir und meinen Freunden unmöglich, für ein Gesetz zu stimmen, das diesem Versprechen widerspricht. (Beifall rechts.)

Reichsjustizminister Dr. Heine: Die Regierung hat das größte Interesse an dem sofortigen Zustandekommen dieses Gesetzes. Meine anfänglichen schweren Bedenken gegen eine weitgehende Amnestie habe ich überwunden, ganz besonders angesichts der ungeheuren Erregung, die im Ruhrgebiet durch die Prozesse erzeugt worden ist. Die Rechte der Einzelstaaten müssen unbedingt gewahrt werden. Bayern hat die bestimmtesten Widerstände gegen eine allgemeine Amnestie erhoben und will sich unter keinen Umständen vom Reich eine allgemeine Amnestie auslöcheren lassen. Wir erkennen Bayern das Recht auf seine Justizhoheit zu. Wir dürfen Bayern nicht vergewaltigen. (Zuruf der Unabhängigen: Aber Bayern darf das Reich vergewaltigen.) Gemeine Verbrecher müssen unter allen Umständen von der Amnestie ausgenommen werden, ebenso die Nadelstiche. Der Gesetzentwurf der Regierungspartei unterscheidet sich von den Entwürfen der Unabhängigen und der Deutschnationalen wie auch vom Bielefelder Abkommen. Wir haben auch den Hochverrat selbst unter die Amnestie gestellt, was nicht nur den Anhängern Kapps, sondern auch der Gegenseite zugute kommt. Wir glauben, daß die scharfe Fassung des Antrages der Mehrheitsparteien zur Berücksichtigung beitragen wird; die Regierung ließ sich, soweit sie daran mitgearbeitet hat, nur von strenger Gerechtigkeit gegen rechts und links leiten. (Beifall.)

Abg. Kahl (D. Vp.): Der Gesetzentwurf ist ein Kompromiß zwischen dem Rechtsgedanken und den politischen Notwendigkeiten. Vom Standpunkt des Rechts müssen wir sagen, unannehmbar, daß der politischen Notwendigkeiten halber stimmen; wir zu. Den grundlegend absehenden Standpunkt gegen die Regierung zu Amnestien betonen wir auch heute. Ihrem (zu den U. Soz.) Vorhaben, die Revolution weiterzutreiben bis zur Diktatur des Proletariats setzen wir uns entgegen, die Jugend in Ehrfurcht und Liebe vor der Größe unserer Geschichte zu erziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Schiffer (Dem.): Wenn eine Amnestie gewährt werden soll, muß sie unter allen Umständen gleichmäßig nach rechts und links gewährt werden. Auf keinen Fall können wir für den deutschnationalen Entwurf stimmen, der auch die Nadelstiche, die sich feige von ihrer Verantwortung gedrückt haben, einbegreifen sehen will. Redner gibt dann ein Bild der Verhandlungen während des Kapp-Putschs.

Abg. Emminger (Bayr. Vp.): Amnestien sind eine Untergrabung der Autorität der Gerichte und ein Angriff auf das Rechtsempfinden des Volkes. Wir sind höchstens für den Entwurf der Koalitionsparteien zu haben.

Abg. Stresemann (D. Vp.): Wir hätten gleich nach unsern Verhandlungen mit den Putschisten ein Amnestiegesetz in der Nationalversammlung beantragen sollen. Ich weiß nicht, ob man jetzt noch die Versprechen gegenüber den Führern des Putschs erfüllen kann.

Abg. Ludwig (U. Soz.): Die Verfassung gibt uns ohne weiteres das Recht, auch für Bayern eine Amnestie zu erlassen. Gegenüber Gotha hat ja die Reichsregierung auch ihren Willen durchgesetzt. Durch dieses Entgegenkommen wird man die Abspaltungsbestrebungen in Bayern nicht eindämmen. Nehmen Sie also die allgemeine Amnestie an. Die Vergehen im Ruhrgebiet waren nur eine Folge des Kapp-Putschs. Die Regierung selbst hat damals zum Streik ausgerufen, jetzt aber sperrt man die Leute ein, die dem Ruf gefolgt sind und dabei über die Strenge geschlagen haben. Im Ruhrgebiet, das kann nicht oft genug betont werden, hat es keine Führer gegeben im Sinne des vorliegenden Gesetzes. 10 und 12 Tage hat es gedauert, bis man Vertreter der Regierung ins Ruhrgebiet geschickt hat — bei Kapp hat man sofort einen Minister zum Verhandeln geschickt. Dieses Verschleppen von den Arbeitern hat der Reichswehr willkommene Gelegenheit gegeben, Rache zu üben für das Mißlingen des Kapp-Putschs. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Heine: Ausgenommen von der Amnestie sind nur die eigentlichen Urheber und Führer des Unternehmens. Die Abwehr des Kapp-Unternehmens hat sich ja in einzelne Kreise zerstückelt und, solche Führer von lokalen Ereignissen fallen selbstverständlich unter die Amnestie sowohl bei den Anhängern wie bei den Gegnern des Unternehmens!

Abg. Hergt (Dnat.): Die Amnestie wurde den Führern des 13. März ausdrücklich zugesprochen in den Unterhandlungen mit der Regierung. Redner gibt eine genaue Schilderung dieser Verhandlungen und betont nochmals, daß die Regierung vor Abschluß der acht Punkte sich erneut auf die Amnestie festgelegt habe.

Abg. Jettin (R. P. D.): Was wir hier gesehen haben, war ein Reinwaschen der bürgerlichen Familienwäsche, die in den Kapptagen nicht ganz steckenlos geblieben ist. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß die Massen aus dieser Wäsche zwischen der Monarchie und der bürgerlichen Demokratie die richtigen Schlussfolgerungen ziehen werden. (Sehr richtig!) Die meisten Reden, die heute über die Amnestie gehalten wurden, haben nur gezeigt, daß, von der äußersten Linken abgesehen, keine Partei eine allgemeine Amnestie haben will, sondern jede nur ihre Klassen- und Partei-Amnestie. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Entweder eine allgemeine oder gar keine. Denn was heißt Hochverrat in einer Zeit der Revolution? Jedes Unternehmen, das Erfolg hat, wird Recht und Gesetz — wenn es keinen Erfolg hat, nennt man es Hochverrat. (Sehr richtig!) Die verkappten Kappisten brauchen ja keine Amnestie, sie sind ja heute in der Macht. (Sehr richtig!) Neue Arbeiter, die leichtgläubig die Sache der republikanischen Bourgeoisie verteidigten, die sollen noch Amnestie bekommen, für jene anderen aber, die die Revolution zur proletarischen machen wollten, für die sollen die Restkorrektur geschlossen bleiben. Sie (zu den Bürgerlichen) sind zunächst die Sieger geblieben, aber der Mangel an Großmut in der Amnestiefrage beweist erneut, daß Ihre Stärke keine allzu große ist. Wir fühlen mit den Opfern und Angehörigen Ihrer Klassenjustiz, aber wir wissen, daß die Zeit kommen wird — ganz gleich, was Sie heute oder ein andermal beschließen — wo die siegreiche Revolution die Kerkermauern öffnen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Keiner der Sozialdemokraten, die mit den Kappisten verhandelt haben, war Mitglied der Reichsregierung oder der Nationalversammlung, sie hatten auch sonst keinen Auftrag.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.): In den Tatsachen, die ich bereits festgelegt habe, scheitert die ganze Beweiskette des Herrn Hergt. Bei keiner Verhandlung habe ich Versprechungen gemacht. Der Redner bespricht noch einmal die Verhandlungen beim Abschluß des Kapp-Putschs. Herr Hergt habe ich keine Mitteilungen gemacht (Abg. Hergt widerspricht), weil ich keine Verantwortung als solchen vertraulichen Mitteilungen hatte.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Am 15. März abends sollte im Abgeordnetenhause ein Votestitut stattfinden. Man wußte aber noch nicht, ob Votestitut sein sollte, weil die Rechtsparteien erst telefonisch bei Herrn Kapp um Erlaubnis fragten. Darauf gingen wir wieder fort, das sollten die Kappoffiziere sehr bedauern haben. (Heiterkeit.) Bielefeld sagte nun Herr Hergt was dann noch verhandelt wurde. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Schulz-Brumberg (Dnat.): Nach Schluß der Verhandlungen habe ich geäußert, nun haben wir uns den ganzen Tag

herumgeschlagen und nichts erreicht. Darauf entgegnete mir Schiffer: „Sind wir nicht Männer! Glauben Sie nicht mehr an ein Wort!“ (Lebhaftes Hört, hört! rechts.)

Abg. Delbrück (Dnat.): Die Unterredungen haben sich genau so abgespielt, wie Sie Hergt geschildert hat.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.): All das ändert nichts an den Tatsachen, wie ich sie dargestellt habe.

Abg. Schulz (Soz.): Das A und O meiner Ausführungen bei all diesen Verhandlungen und Unterredungen ist immer gewesen: keine Verhandlungen mit Kapp, um so eher kommt das Kappabenteuer zu einem Ende.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Abstimmung wird der Antrag Ledebour gegen die beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt.

Der deutschnationaler Entwurf Hergt wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Angenommen wird in erster und zweiter und in der sofort vorgenommenen dritten Beratung der Antrag der Koalitionsparteien unter Ablehnung aller Abänderungsanträge; dagegen stimmen nur die Deutschnationalen.

Angenommen werden ohne Aussprache in dritter Lesung die Gesetzentwürfe über Aenderung der Artikel 104 und 178 der Reichsverfassung.

Es folgt Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes des Post-Gesetzes. Der Haushalt des Reichsministeriums des Innern wird angenommen.

Zum Haushalt des Reichswehrministeriums

führt

Abg. Schöpfkin (Soz.) Beispiels über die Verschwendung mit höheren Offiziersstellen an, nicht weniger als 45 Generale stehen im Etat; für 18 Kavallerieregimenter sind neun Kavallerieinspektoren vorgesehn. Das ist einfach ungeheuerlich. Für die Berliner Kommandantur werden drei Generale verlangt mit allem Drum und Dran. 23 Obersten sind als Abteilungscheffe im Reichswehrministerium und nicht weniger als 82 Stabsoffiziere als Referenten. 21 Stabsoffiziere sind als Depotführer in den Etat eingestellt, bei den 18 Kavallerieregimentern gibt es immer je eine Schwadron mit einem Major und einem Rittmeister als Kommandeur. 105 Stabsoffiziere sind in den Wehrkreiskommandos, von 4000 Offizieren sind 400 in Adjutantenstellen. Wir haben mehr Offiziere vor Hauptmann an adwärt als Deutnants und Oberleutnants. Das ist bei unserer finanziellen Lage eine Ungeheuerlichkeit. Im Haupt-Etat werden nicht weniger als 42 500 Pferde für das 100 000-Mann-Heer verlangt. Jeder Offizier hat ein Pferd, jeder Stabsoffizier zwei. Wenn man bedenkt, daß ein Pferd heute 20 000 Mk. kostet und die Unterhaltskosten 10—12 000 Mk. jährlich betragen, so kann man nur sagen, soldi einen ungeheuerlichen Mißbrauch hätte kein wilhelmscher Kriegsminister dem Reichstag vorzulegen gewagt. Da soll der Reichsfinanzminister nachschau halten; wenn uns im Hauptetat in ähnlicher Weise gekommen wird, muß sich der Reichswehrminister auf härtesten Kampf mit uns gefaßt machen. (Beifall links.)

Reichswehrminister Heiler: Ich bin mit dem Vorredner vollkommen einverstanden, daß strengste Sparmaßregeln warten muß, aber ich bitte zu bedenken, daß die Aufgaben der Umformung der Reichswehr ganz gigantisch sind. Wo früher ein Befehl genügt, muß ich erfahren Offiziere hinschicken. Auch braucht man für ein Heer mit 12jähriger Dienstzeit mehr Offiziere im Vergleich als bei dem früheren Heer. Ich muß die Stellenbesetzung, die ja durch den Friedensvertrag gebunden ist, schon jetzt vornehmen. Ich kann nicht bis zum Januar warten. Daß wir uns der Seelstärkung annehmen müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Abg. Pipinski (U. Soz.): Der General v. Seeckt hat beim Kapp-Putsch gegen seine eindeutige Haltung eingenommen. Jetzt ist er der eigentliche Reichswehrminister und Lenker der Staatsgeschicke. Die Zerstörung des Leipziger Volkshauses unter dem Befehl des Generals v. Plüsch ist ein typisches Beispiel, mit welcher fanatischen Wut die Reichswehr der Arbeiterklasse und ihrer Einrichtungen gegenübersteht. Redner gibt dann eine Schilderung der Leipziger Vorgänge und beschuldigt besonders den Bruch des dortigen Friedensvertrages durch die Feuereröffnung von seiten freiwilliger Studenten. Die Reichswehr stellt im antiken Bericht fest, daß das Haus angezündet wurde und daß von Truppen Schreißbalmhaken und Telegraphenapparate gestohlen wurden. (Hört, hört!) 28 Gewerkschaften haben ihre Büroräume und ihre Einrichtung verloren. Die Spartakisten, die man bekämpft hat, waren die Gewerkschaften, um deren Hilfe man sonst so flehenlich bittet. Der Gebäudeschaden beträgt über acht Millionen Mark. Die Brandversicherung hat es abgelehnt, die Gewerkschaften zu entschädigen. Ich frage: Was hat die Regierung bisher getan, um durch Untersuchung festzustellen, wer der Brandstifter ist und auf welche Veranlassung diese Brandstiftung vorgenommen wurde? (Beifall.)

Abg. Mumm (Dnat.): Wenn wir an den Wiederaufbau gehen, gilt das auch von den Kräften der Seele. Deshalb brauchen wir auch Seelforsger im Heerwesen.

Abg. Dr. Göh (Dem.): Es ist nicht erwiesen, daß das Volkshaus von der Reichswehr angezündet worden ist. Die gerichtliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.): Es ist bedauerlich, daß bei den Brandstiftungen in Blauen keine Reichswehr vorhanden war und daß sie bei ähnlichen Gelegenheiten fehlt, wo die Unabhängigen die Antifester waren. (Lärm bei den U. Soz.)

Abg. Pipinski (U. Soz.) stellt gegenüber den Ausführungen des Abg. Göh fest, daß seine Darstellungen vollkommen den Tatsachen entsprechen und die Ausführungen des Abg. Göh nur von ihm als Vorkühender des Leipziger Bürgerrats gemacht wurden. Die Entschädigung wird angenommen, ebenso der Antrag auf Aenderung der entlassenen Mannschaften.

Es folgt der Haushalt für das Reichswehrministerium. In einer Entschließung wird die Regierung ersucht, in Gemäß mit allem Nachdruck auf die ungeheuerlichen Besatzungskosten der fremden Truppen hinzuweisen und die Erlegung der farbigen Truppen durch weise zu erwirken.

Es folgt der Haushalt für das Reichsfinanzministerium.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Das Ultimatum der Eisenbahner vom Sonnabend, ein Sturm im Wasserglas, ist jetzt erledigt. Im Haushaltsausgleich ist eine betriebsende Wölung gefunden worden. Die Entwicklung unserer Finanzen ist katastrophal. Heute haben wir eine Schuld von 238 Milliarden, außer den 39 Milliarden anlässlich der Eisenbahnübernahme. Wie lange werden wir noch die letzten Gehälter und Löhne bezahlen können?

Beim Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen stimmt Außenminister Dr. Simons dem Wunsch des Abg. Freiherrn von Lersner (D. Vp.) nach einer kurzen, übersichtlichen Volksausgabe der Hauptbestimmungen des Verlaiffes Friedensvertrages zu.

Abg. Dr. Brecht (U. Soz.): Warum ist Deutschland nicht an der Londoner Konferenz beteiligt? Deutschland darf nicht der Gendarm Europas werden.

Außenminister Dr. Simons: Auf die Gefahr hin, für ein entzogenes Mitglied der unabhängigen Partei gehalten zu werden, erkläre ich, daß ich mit den Ausführungen des Vorredners im wesentlichen einverstanden bin. Ich bin den Transportarbeitern für die Gewerbe dankbar, mit der sie die deutsche Neutralität wahren wollen. Aber ich möchte bitten, sich vor Unbesonnenheiten zu hüten. Das Auswärtige Amt wird jeden Versuch, die erhliche deutsche Neutralität zu verletzen, energisch